

Volkswacht

für Schlesien

mit den wöchentlichen Beilagen: „Unterhaltung“, „Rundfunk“, „Sozialistische Literatur-Rundschau“, „Für die Frauen“, „Arbeiter-Sportbewegung“ und der monatlichen Beilage „Junge Kämpfer“

Bezugspreis: Die „Volkswacht“ erscheint wöchentlich 6 mal und ist durch die Haupt-Expedition Blücherstraße 4/6, durch die Subskriptionsstellen, Neus Gravenstraße 5 und Friedrichsstraße 106, Matthiasstraße 155, sowie durch alle Ausdrucker zu beziehen. Einzelhefte 1 Pf., monatlich 1.75 Rml. + 35 Pf. Trägerlohn + 2.10 Rml. Durch die Post einl. inkl. Zustellungsgebühren 2.45 Rml.

Organ für die werktätige Bevölkerung

Verlagsort und Hauptgeschäftsstelle Breslau 2
Fernsprech-Anschlüsse: Geschäftsstelle 21732, Redaktion 21755
Postfach-Konto: Postfach-Nr. Breslau Nr. 5852
Bankkonto: Bank der Arbeiter, Angestellten und Beamten, Fil. Breslau
Überliefert eingelaufene Manuskripte werden nur zurückgeliefert, wenn Rückporto beiliegt

Anzeigenpreis: Je Zeilemeter für geschaltete Anzeigen aus Schlesien 20 Pf. Familienanzeigen, Stellenangebote, Stellengesuche, Berechnungs- und Wohnungs-Anzeigen 10 Pf. Kleine Anzeigen pro Wort 3 Pf., das letzte Wort 4 Pf. Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis vormittags 11 Uhr (1 Tag vorher) in der Haupt-Expedition Blücherstraße 4/6 oder in den Zweigstellen abgegeben werden.

Die Internationale an die Arbeiter Rußlands

Die Exekutive der Arbeiter-Internationale beschloß am Dienstag folgenden Aufruf:

Arbeiter der Sowjetunion!

In einer ersten Stunde wenden wir uns an Euch. Wir wissen: man hat Euch immer einreden wollen, daß die sozialistischen Parteien der Welt „Sozialfaschisten“, „Lakaien des Kapitals“, „Verräter der Arbeiterklasse“ seien. Aber unter unseren Fahnen sammeln sich immer weitere Millionen von Arbeitern, die, in der harten Schule des politischen und gewerkschaftlichen Kampfes zusammengeschweißt, unter Ueberwindung der größten Schwierigkeiten mächtige gewerkschaftliche, wirtschaftliche und politische Klassenorganisationen geschaffen haben, um mit ihrer Hilfe für die Ideale des Sozialismus zu kämpfen. Könnt Ihr wirklich glauben, daß diese Millionen kämpfender Proletarier ihre eigenen Interessen nicht verstehen, sich selbst „Verräter“? Im Namen dieser Millionen organisierter Proletarier wenden wir uns an Euch.

Tiefe Besorgnis um das Schicksal der russischen Revolution bedrückt die sozialistischen Arbeiter aller Länder. Sie hören von dem Hunger in Euren Städten. Sie wissen, daß Eure Arbeitsbedingungen noch oft ungünstiger sind, als die der Arbeiter in den kapitalistischen Ländern. Sie kennen das Scheitern der gewalttätigen Methoden der Kollektivierung der Bauernschaft. Sie hören mit Entsetzen von der Fortdauer, ja von der Verschärfung des blutigen Terrors.

Die S.W.Z. fürchtet, daß die Fortdauer dieser verhängnisvollen Politik eine Kluft aufreißen könnte zwischen den beiden Klassen, auf die sich die russische Revolution stützt: zwischen den Arbeitern und den Bauern. Geschähe dies, würde der Bauer der Sowjet-Union mit Haß gegen das Proletariat und die Revolution erfüllt, dann entstände die Gefahr, daß die Erbitterung und Verweissung der Bauernschaft von den weißen Konterrevolutionären für ihre Zwecke mißbraucht würde, die entsetzliche Gefahr neuen Bürgerkrieges in der Sowjet-Union.

Ein Sieg der Konterrevolution wäre eine ungeheure Katastrophe nicht nur für die Völker der Sowjetunion, die um die Früchte ihrer großen Revolution betrogen würden, nicht nur für die Arbeiterklasse der Sowjetunion, deren heroischer Kampf ergebnislos gewesen wäre, sondern auch für die Arbeiterbewegung, für die Demokratie und für den Frieden der Welt.

Gestützt auf die jahrzehntelange Erfahrung der politischen Kämpfe der Proletarier Europas, erklärt die S.W.Z. Euch, Proletarier der Sowjetunion, daß es an Euch liegt, die russische Revolution zu retten, daß in Euren Händen das Mittel liegt, eine Katastrophe zu vermeiden und eine friedliche Lösung aller der gewaltigen Probleme der Revolution herbeizuführen.

Die Sowjetregierung gibt vor, im Namen der Arbeiterklasse zu regieren. Es liegt in Eurer Macht, Arbeiter der Sowjetunion, sie auf den notwendigen Weg zu zwingen. Was immer Eure Ansichten sind, ob Ihr Kommunisten oder Parteiloze seid — Ihr müßt Euch mit den Sozialisten verbinden, um die Revolution zu retten.

Was allem muß das Bündnis der Arbeiter mit den Bauern wiederhergestellt werden. Auch wir wünschen die Bauernschaft zur Vergenossenschaft ihrer Wirtschaft zu führen, aber das muß freiwillig geschehen. Mit der gewalttätigen Kollektivierung, mit jeder Enteignung der Bauernschaft muß Schluß gemacht werden. Dem Bauern muß die Freiheit seiner Wirtschaft, die freie Verfügung über seinen Arbeitsertrag wiedergegeben und gesichert werden. Nur so kann die Landwirtschaft wieder aufgebaut, die Ernährung der Städte gesichert, der Bauer dem Arbeiter als Freund und Verbündeter gewonnen werden.

Den Vätern der Sowjetunion muß die Freiheit wiedergegeben werden, die Arbeitern und Bauern ebenso unentbehrlich ist wie Luft und Wasser. Freiheit des Wortes! Freiheit der Organisation! Freie und geheime Wahlen!

Schluß mit der Todesstrafe, mit den Massen Hinrichtungen! Schluß mit dem politischen Gefangenentum! Schluß mit dem Schand, daß Männer und Frauen, die als Freiheitskämpfer der Arbeiterklasse in den Kerkern der Zaren gefesselt wurden, heute in den Kerker der S.W.Z. in den Konzentrationslagern, in den Verbannungsorten Sibiriens schmachten!

Durch Verwirklichung dieser Forderungen werden die Völker der Sowjetunion freiheitlich, aber gleichwohl der vollen Demokratie

entgegengehen, um auf der Grundlage der Freiheit die schöpferischen Kräfte der Massen zum Aufbau des Sozialismus zu entfesseln.

In diesem Kampfe für die Rettung der russischen Revolution werden die Herzen der sozialistischen Proletarier der ganzen Welt eins sein mit den Arbeitern der Sowjetunion. In ihrem Namen ist die S.W.Z. stets bereit, den Klassenbrüdern in der Sowjetunion ihre helfende Hand entgegenzustrecken. Mit unserer ganzen Kraft werden wir der internationalen kapitalistischen Reaktion in den Arm fallen, falls sie versuchen sollte, Eure Schwierigkeiten im Interesse der Konterrevolution auszunützen.

Proletarier aller Länder, vereinigt Euch!

Proletarier der Sowjetunion, vereinigt Euch mit uns zur Rettung der russischen Revolution, zum Kampfe für Demokratie und Sozialismus!

A. Kr. Wir freuen uns über diese klaren und entschiedenen Aufruf der Arbeiter-Internationale. Er drückt mit der gleichen Entschiedenheit aus, daß die sozialistische Arbeiterklasse der Welt den festen Willen hat, alle etwaigen Bestrebungen imperialistischer Staaten, Rußland zu betreiben und zu unterstützen, und alle Bemühungen der Konterrevolution, in Rußland eine neue Herrschaft der Reaktion aufzurichten, mit aller Kraft zu bekämpfen, wie er sich gegen das blutige Terrorregime einer kleinen Minderheit in Rußland wendet und die Wiederherstellung der Freiheit in Rußland fordert. Während er zugleich die heroischen Bemühungen des russischen Proletariats (wohl bemerkt, nicht der herrschenden Clique), eine sozialistische Gesellschaft aufzurichten, voll anerkennt, scheut er sich nicht, sogar zu geißeln, daß die in Rußland zurzeit herrschende Clique dieses Ziel mit ganz falschen Mitteln zu erreichen sucht, und den Finger in die offene Wunde am Volkskörper Rußlands zu legen. Dabei unterläßt er es nicht, vor aller Welt festzustellen, daß die Lage der Arbeiterschaft im heutigen Rußland infolge der falschen Regierungsmethoden in vielen Beziehungen weit schlechter ist, als die Lage der Arbeiterschaft in denjenigen hochkapitalistischen Ländern, in denen eine starke sozialistische Arbeiterbewegung besteht, und daß Rußland vor der ungeheuren Gefahr steht, daß sich eine unüberbrückbare Kluft zwischen dem Industrieproletariat und der die große Mehrheit des russischen Volkes bildenden Bauernschaft auftritt. Er solidarisiert sich also offen mit dem ringenden Industrie- und Landproletariat Rußlands, er geißelt aber eben so offen und deutlich die gefährliche und falsche Gewaltpolitik der herrschenden Kreise. Das ist genau der Standpunkt, den auch wir hier stets zu den russischen Angelegenheiten eingenommen haben. Dieser Aufruf zeigt, von welcher warmen kameradschaftlichen Gestinnung zum russischen Gesamtproletariat die Sozialistische Arbeiter-Internationale befeelt ist, und wie sehr sich die sozialistische Arbeiterklasse der ganzen Welt mit dem russischen Proletariat verbunden fühlt. Er beweist, daß alle Opposition der Sozialisten gegen das zurzeit in Rußland herrschende Regime und die von ihm betriebenen Regierungsmethoden der Liebe zum russischen Proletariat entspringen und lediglich ein Ausfluß der tiefen Besorgnis ist, daß die Sache des russischen Proletariats in tödliche Gefahr gerät.

Die Saarverhandlungen sollen beschleunigt werden

Genf, 13. Mai. (Eig. Drahtbericht.)

Reichsaußenminister Dr. Curtius hatte am Dienstag mit dem französischen Außenminister eine längere Besprechung über das Saarproblem. Man kam überein, die Saar-Verhandlungen so zu fördern, daß dem Völkerverbund im September ein Ergebnis zur Genehmigung vorgelegt werden kann.

Die zwischen dem englischen, französischen und italienischen Außenminister geführten Verhandlungen bezogen sich auf die italienisch-französischen Differenzen, die nach Möglichkeit noch während der gegenwärtigen Ratsitzung behoben werden sollten.

Staatsdebatte im Provinziallandtag

(Bericht siehe 1. Beilage, Seite 4)

Die notwendige Justizreform

Der Weidutsche Sozialdemokratische Juristentag.

Am 10. und 11. Mai fand in Düsseldorf der Weidutsche Sozialdemokratische Juristentag statt. Neben einer großen Zahl von sozialdemokratischen Richtern, Rechtsanwälten und Staatsanwälten nahmen an ihm auch Vertreter der Partei und der Gewerkschaften teil. Im Augenblick, da sich auf dem Gesamtgebiete der Justiz hartnäckige Kämpfe um die Neugestaltung der Rechtspflege abspielen, sah die Versammlung sich selbstverständlich veranlaßt, scharfe Kritik an halbherzigen Reformen zu üben und Geheiß zu fordern, die tatsächlich das Vertrauen der weiten Volksschichten zur Rechtspflege wieder herzustellen imstande wären.

Der Aufruf bildete eine überfüllte Volksversammlung, in der Dr. Kurt Rosenfeld gewissermaßen über das von der Sozialdemokratischen Fraktion im Strafrechtsausschuß bisher Erreichte, Rechenschaft ablegte. Die zweite Lesung des neuen Strafgesetzbuches befindet sich gerade im vollen Gange. Nach wie vor kämpft die Sozialdemokratie gegen eine geschlossene Front der Bürgerlichen. Auf die Kommunisten ist leider kein Verlaß; sie verjagen immerfort. Manche Errungenschaft, die möglich gewesen wäre, wird hierdurch hintertrieben. Trotzdem ist Einiges erreicht worden. Der Erziehungsgedanke wird im neuen Strafgesetzbuch einen viel breiteren Raum einnehmen als bisher; es bleibt allerdings in dieser Hinsicht noch viel zu wünschen übrig. Milderungsgründe werden für familiäre Delikte anerkannt, die Todesstrafe dürfte in dem neuen Entwurf nicht ihren Widerstand einzugießen. Das Zuchthaus als Abstrafungsmittel bleibt jedoch bestehen. Im besonderen Teil des Strafgesetzbuches ist es nach harten Kämpfen gelungen, durch die Formulierung einer Reihe politischer Delikte die traurige Rechtsprechung des Reichsgerichts für die Zukunft unmöglich zu machen. Nicht gelungen ist es, angesichts des Widerstands sämtlicher bürgerlichen Parteien eine strafrechtliche Bestimmung, gegen Anreiz zum Kriege gegen das Reich oder des Reiches selbst, zu schaffen. Eine Fassung für einen neuen Gotteslästerungsparagraphen steht bis heute noch aus. Die Fraktion wird sich alle Mühe geben, einer Formulierung zu verhindern, die eine Beeinträchtigung der Preisdienstbewegung bedeuten könnte; sie ist bestrebt, im Interesse der freien Presse Kritik eine Erweiterung in bezug des Begriffes „Wahrung berechtigter Interessen“ zu erzielen. Durchgeführt ist erhöhter Schutz der Arbeitskraft, eingedämmt die Anwendung des Weidrechtsparagraphen, nur geringe Besserung hat der Abstrafungsparagraph erhalten, die sogenannten Anzugsparagraphen sind mit Ausnahme des § 175 im großen und ganzen geblieben wie sie waren. Manche Verschlechterung in der Zusammenarbeit mit der österreichischen Kommission zu verdanken. Ob die Sozialdemokratische Fraktion in der Lage sein wird, das neue Strafgesetzbuch im ganzen anzunehmen, dürfte von seiner endgültigen Fassung abhängen. Notwendig erscheint es aber, daß die weitesten Parteikreise und insbesondere die sozialdemokratischen Juristen alles tun, um die breiteste Öffentlichkeit gegen weitere, eine wirkliche Strafrechtsreform gefährdende Verschlimmerungen an die Front zu rufen.

Am Sonntag hielt Landgerichtsdirektor Ruben, Berlin, ein einleitendes Referat zu den Gesamtfragen der Justizreform. Verwaltung und Justiz haben sich während der zwölf Jahre nach der Revolution nur in ganz geringem Umfange den veränderten staatsrechtlichen Grundlagen im Reich und in den Ländern angepaßt. Jedes große Reformwerk auf dem Gebiete der Justiz muß an der Zersplitterung des Reiches zerbrechen. So wird die Uebertragung der Justizhoheit auf das Reich eine unbedingte Voraussetzung für eine allgemeine Reform, auch eine Voraussetzung für die Freijugigkeit der Anwaltschaft und für die Förderung einer unentbehrlichen Auswahl der Richterkräfte in den verschiedenen Teilen des Reiches. Die Schaffung eines Reichsverwaltungsgerichts ist unbedingt erforderlich, desgleichen die Reform des Reichsangehörigkeitsgesetzes, und eine einheitliche Gefängnisreform. Die Durchführung eines modernen Strafrechts ist ohne Ausbau der sozialen Gerichtsbarkeit nicht möglich. Im bürgerlichen Recht steht die Reform des Scheidungsrechts, des ehelichen Güterrechts, die Restitutions der unehelichen Kinder auf der Tagesordnung, die Lösung aller dieser Probleme will nicht recht vorwärtstommen. Der Kampf um ein soziales Mietrecht ist mit aller Kraft zu führen. Die vielleicht wichtigste Frage ist diejenige, der Schaffung eines sozial eingestellten Richternachwuchses. Die öffentliche Kontrolle der Rechtspflege setzt den Ausbau der Berichterstattung in der Partei- und Gewerkschafts-Presse voraus. Was den Anwaltschaft betrifft, so hat die Arbeiterschaft das größte Interesse an einem freien und wirtschaftlich gesicherten Anwaltsstand. Die Beschränkung in der Zulassung der Anwälte je nach ihrer Zugehörigkeit zu dem einen oder anderen Gerichtsbezirk, muß aufhören. Beim Reichsgericht ist bis heute noch kein einziger sozialdemokratischer Rechtsanwalt tätig. Die Erhöhung der Berufungsgrenze in Zivilsachen muß zurzeit abgelehnt werden. Der Einzelrichter darf im Augenblick nicht noch mehr Machtbefugnisse erhalten, als er bereits hat. Gewisse Mißstände im Armenrecht müssen beseitigt werden, es geht aber nicht an, das Armenrecht einzuschränken zum Nachteil der unbemittelten Bevölkerung. Eine Rückkehr zum mündlichen und unmittelbaren Verfahren in Zivilsachen, erscheint unausbleiblich, es ist in der Arbeitsgerichtsbarkeit durchgedrungen.

Der Landgerichtsdirektor Rubens schloß seinen Vortrag mit der Feststellung, daß auf einer ganzen Anzahl Einzelgebieten die ausreichenden Vorarbeiten noch fehlen. Es muß Aufgabe, nicht zuletzt der sozialdemokratischen Juristen sein, an der Schaffung entsprechender Gesetzentwürfe mitzuarbeiten.

In der Diskussion ergriff auch das Wort der Ministerialdirigent im Preussischen Justizministerium, Dr. Siegfried Hübner. Er betont unter anderem, daß das Preussische Justizministerium sich in einer Weise der Begnadigungspraxis des Reichsausschusses des Landtages angepaßt habe, daß die Fälle immer weniger werden, an denen man nur wegen der Begnadigung direkt an den Rechtsausschuß wende. Er unterläßt ferner die Feststellung, daß die Richtergehälter zu gering seien, und daß die Justizbehörden sich alle Mühe geben, eine Abwanderung tüchtiger

Breslauer Nachrichten
Gesundes Schlafen

Eine der wichtigsten Fragen der Hygiene ist die der gesunden schlafmässigen Beschaffenheit der Wohn- und vor allem der Schlafkammern. Es ist schon so unendlich viel zu diesem Thema geschrieben worden...

„Jugend von heute!“

Ja, früher - Nachkriegsgeneration - Unteroffizier im Bahnabteil

Mit lautem Getöse rollt ein Personenzug in die Bahnhofshalle. Ich nehme in der „Holzklasse“ am Fenster Platz. Draußen erblicke ich einen Bekannten. Ich öffne das Fenster und wechsele einige Worte mit ihm. Plötzlich glaube ich, ich sei in einem Kasernehof der „guten alten“ Zeit...

gesteuert haben und nicht die heutige Jugend. Jener erregte Unteroffizier a. D. landet schließlich bei seinem verdienten „Eisernen Kreuz“ und der Ausrufung, daß in der heutigen Generation keine Kraft mehr läge. Auf meine Antwort hin, daß ich vor dieser in den meisten Fällen unbedient erhaltenen und ungerecht verteilten Blechmarke sehr wenig habe und ihm klar mache, daß die heutige Zeit weit mehr Kraftbewußtsein besitzt...

Um die Gewährung einer Rinderrente

Mit einem komplizierten Fall hatte sich unlängst das D. V. A. zu beschäftigen. Der Arbeiter S. bezieht seit Juli 1928 die Invalidenrente. Nun hatte er einen Antrag auf Gewährung der Rinderrente für seine Tochter Helene beantragt...

Heute spricht

Genosse Sendewig, M. d. R.

in der Mitgliederversammlung der SPD. über das

Ende der Koalition

20 Uhr im Zentral-Vollsaal.

jemand ein so geringes Einkommen habe, wie es die Invalidenrente ist, dann könne er davon unmöglich noch andere überwiegend unterstützen.

Das Gesetz richtet sich dabei anscheinend nach dem Bibeispruch: wer viel hat, dem wird viel gegeben, aber dagegen läßt sich nun einmal nichts machen.

Das Gesetz ist nun einmal so merkwürdig; hätte der Vater ein größeres Einkommen als es hier der Fall war, dann würde ohne weiteres angenommen werden, daß er seine Tochter überwiegend unterhalten hat, wie der Sachausdruck lautet und der Rinderzuschuß würde zugesprochen werden; aber da er so wenig hatte, daß es kaum für ihn selbst zum Leben reichte, dann bekommt er eben auch für die Tochter nichts.

Im vorliegenden Falle wurde die Situation noch rechtzeitig durch die Mutter des Kindes gerettet. Sie machte geltend, daß sie sich selbst durch eigene Arbeit unterhalte, also habe der Vater von seiner Rente das Kind unterstützen können. Hierauf gab das Gericht der Berufung des Klägers statt und verurteilte die Beklagte zur Zahlung des Rinderzuschusses für die Zeit vom Juni 1928 bis 30. April 1929. Da in dieser Zeit die Tochter monatlich nur 18 Mark verdiente, das Existenzminimum für ein Kind aber mit 40 Mark angelegt wird, so habe der Vater mindestens 22 Mark seiner Tochter geben müssen; es verblieben ihm dann noch 34 Mark; es muß aber angenommen werden, daß die Eltern sich eben zum Wohle des Kindes aufs Äußerste eingeschränkt haben.

Brand im Elektrizitätswerk

Im Hauptelektrizitätswerk am Scheibenberg entstand gestern Abend durch die Unvorsichtigkeit eines Monteurs an der Verteilungsschalttafel für das Kesselhaus ein Kurzschluss, der einen Brand zur Folge hatte. Die Flammen ergriffen das Dach jenes Gebäudeteiles, in dem sich die Schaltanlage befindet. Da sich an der Schalttafel die Sicherungen und Schalter der Antiklimatoren der Kessel- und Speisepunkte montiert sind, trat vorübergehend eine Störung ein, so daß der Dampfdruck nachließ. Trotzdem konnten sämtliche Turbinen und Schaltanlagen in Betrieb gehalten werden. Nach außen hin wurde die Störung nur durch ein geringfügiges Nachlassen der Lichtspannung wahrnehmbar. Der Brand konnte in kürzester Zeit gelöscht werden. Der unbedeutende Sachschaden ist durch Versicherung gedeckt.

Durch den Kurzschluss erlitt der Monteur Fritz Werner, Heinrichstraße wohnhaft, schwere Brandverletzungen an der rechten Hand und mußte in das Merseburger-Hospital geschafft werden.

Geld liegt auf der Straße

Mehrere tausend Mark gefunden und im Fundbüro abgeliefert. Am Dienstag ist im Stadtgebiet Breslau ein Geldbetrag von mehreren tausend Reichsmark gefunden worden. Der ehrliche Finder hat den Betrag sogleich auf dem Fundbüro des Polizeipräsidiums abgegeben und der Verlierer wird nun aufgefördert, sich dort einzufinden, um seinen rechtmäßigen Anspruch unter Vorlegung entsprechender Unterlagen glaubhaft zu machen. Summe, Fundort und nähere Angaben verschweigt die Polizei selbstverständlich, weil es nur so möglich ist, dem Verlierer die Führung eines Nachweises zu ermöglichen.

Wasserrohrbruch

Keller in der Schmiedebude unter Wasser gesetzt. Heute früh, gegen 5 Uhr, plätkte im Keller des Hauses Schmiedebude 22b ein Wasserrohr. Da der Schaden anscheinend erst einige Zeit gemerkt wurde, ergoß sich das Wasser in den Keller und unterspülte auch den Bürgersteig vor dem Hause. Der nicht unerhebliche Sachschaden ist noch nicht abzuschätzen, da der Keller noch unter Wasser steht. Die Feuerwehr hatte mehrere Stunden mit dem Auspumpen zu tun.

Schiebende Einbrecher

In der Nacht zu Sonnabend war in eine Fleischererei in Klein-Mochern eingebrochen worden, wobei den nächstlichen Besuchern Fleischwaren im Werte von 400 Mark als Beute mitgenommen erschienen. Als sie am darauf folgenden Abend ihre unter einem Gebüsch an dem in der Nähe befindlichen Forst versteckte Beute abholen wollten, wurden sie überrascht und von der sofort verständigten Polizei verfolgt. Während einer der Verurteilten ergriffen werden konnte, gab der andere mehrere Schüsse auf seine Verfolger ab. Obwohl er dadurch entkam, gelang es doch, ihn im Laufe des Montags ebenfalls festzunehmen. Es handelt sich um den 25jährigen Arbeiter Sch. und den 29 Jahre alten Arbeiter K. aus Breslau. Die „fette“ Beute wurde den Bestohlenen wieder ausgehändigt.

Zwei Pferde rafen durch die Strafe

An der Ecke Fürsten- und Pfaffenstraße gingen gestern vorlag die beiden Pferde eines Gelpanns des Fuhrwerksbesizers M. aus der Hirschstraße durch und rafen die Pfaffenstraße entlang. Dabei stießen sie mit einem an der Straßenecke verlaufenden Fuhrwerk zusammen. Durch den Anprall rissen die Pferde die Stränge ab, und die Tiere rafen ohne das zu merken weiter, bis sie in der Tiergartenstraße hielten und von dort an den dortigen Fuhrwerken hielten. Der Kutscher Alois St. im Tiergartenhof, der die Gewalt über die Tiere verloren hatte, wurde bei dem Zusammenstoß vom Wagen und erlitt eine schwere Verletzung, so daß er sich in ärztliche Behandlung begeben mußte.

Sonntag, den 18. Mai, nachmittags 4 Uhr, im Schießwerder
Allgemeines Volksfest
Großes Gartenkonzert • Verlosung • Preis-schießen • Tanz • Kinderbelustigungen
Geschlossener Sammeltag des Ortsvereins
Alle Republikaner sind eingeladen
Reisewanner Schwarz-Rot-Weiß

Tagung der schlesischen Konsumvereine

Protest gegen die Sondersteuer

Der Verband schlesischer Konsumvereine hielt am Sonntag und Montag im Volkshaus in Miegatz seinen aus allen Provinzen stammenden 60. Verbandstag. Nach vorbereitenden Sitzungen am Sonnabend brachte Sonntag die Hauptversammlung. Im Mittelpunkt standen Vorträge von Rasch-Hamburg über „Konsumgenossenschaft und Notwendigkeiten“ und W. Hoff-Hamburg über „Konsumgenossenschaftliche Werbung und Reklame“. Nach Verabschiedung des Jahresberichts für 1929, Erledigung von Anträgen und Wahlen des Vorstandes, Aufsichtsrats und Generalrats wurde folgende Entschliessung angenommen:

Der Reichstag hat gegen den Widerstand der Linksparteien die Sonderumsatzsteuer für alle Betriebe des Kleinhandels, die im Jahre für mehr als 1 Million Mark Waren umsetzen, beschlossen. Während die Umsatzsteuer 0,85 Prozent beträgt, müssen genannte Betriebe 1,35 Prozent, als 0,50 Prozent mehr zahlen als bisher. Der Gesamtbeitrag dieser Sondersteuer wird zu etwa 70 Prozent von Konsumgenossenschaften getragen werden müssen. Die Umsatzsteuer beträgt zu der bisher gezahlten Steuer 3,5 Prozent oder zum Nettoertrag 8,1 Prozent. Sie bedeutet demnach ein unerhörtes Unrecht, zumal 75 Prozent der Arbeiter Mitglieder der Konsumvereine sind, also ein Ausnahmestück gegen die schwächsten Schichten des Volkes. Dies um so mehr, als die Sondersteuer eine allgemeine Erhöhung der Warenpreise zu Gunsten des privaten Kleinhandels zur Folge haben wird, wogegen gewisse Wirtschaftskreise im Uebermaß mit öffentlichen Mitteln unterstützt werden und eine Senkung der Besteuerung um 600 Millionen Mark beschlossen ist. Obendrein benachteiligt man einen gewissen Kreis der Unbemittelten dadurch, daß die Einfuhr von Fleisch völlig unterbunden werden soll. Die Vertreter des Verbandstages des schlesischen Konsumvereine sind empört über diese ungeheuerliche, ungerechte und unsoziale Maßnahme, gegen die sie mit aller Entschiedenheit Protest einlegen. Sie versprechen, dass sie die entsprechenden Konsequenzen zu ziehen und nun erst recht für eine weitere machtvolle Entwicklung der Konsumgenossenschaften zu wirken. Sie richten den ersten Appell an alle Minderbemittelten, die rechte Antwort durch massenhaften Zutritt in die Konsumvereine zu geben.

In einer Sonderkonferenz wurde zum Schluss u. a. die Lage der angeschlossenen Vereine behandelt.

Steuererleichterung für Landwirte

Auf Antrag der Landwirtschaftskammer hat der Reichstag in Breslau die Magistrate und Vorstände der Kreisverbände seines Bezirkes angewiesen, mit der Einziehung kommunaler Steuern bei der Vermögensschätzung schonend zu verfahren. In derselben Weise hat der Präsident des Landesfinanzamtes in Breslau die Finanzämter angewiesen.

Die katholische Kirchenprovinz Breslau

Wie W. T. B. berichtet ist in der nächsten Zeit mit dem Erlass der Konfessionsbestimmungen zu rechnen, die die gemäß des Konkordats vom Juni 1929 notwendigen Änderungen der preussischen Diözesen der katholischen Kirche neu regeln wird. Die letzte Regelung der Bistumsverhältnisse in Schlesien wurde durch die Bulle „de salute animarum“ vom Jahr 1821 vorgenommen, wodurch unter dem Bistumsverweser und späteren Breslauer Fürstbischof Emanuel von Schimonisi die Dekanate Pösch und Beuthen aus der Diözese Krakau, die Pfarreien der Oberlausitz aus der Dekanate Bautzen und die fürstbischöfliche Dekanate, bestehend aus fast ganz Brandenburg und Pommern aus dem Bistum der norddeutschen Missionen dem Breslauer Bistum einverleibt wurden. Nach Art. 2 Abs. 6 des Konkordats wird die Konfessionsbestimmung bestimmen, daß dieser Dekanatsbezirk ein selbständiges Bistum mit dem Bischof in Berlin ist und daß das Breslauer, Berliner und Ermländer Bistum sowie die Prälaten Schneidemühl unter Leitung des Breslauer Bischofs als Fürstbischöf der Breslauer Kirchenprovinz bilden werden.

Neues Grubenunglück in Oberschlesien

Auf der zum Döhringen-Bergbau gehörigen Schachtanlage Sosniga in Gleiwitz ereignete sich gestern ein neues schweres Unglück, das höchstwahrscheinlich drei Todesopfer forderte. Um 12 Uhr ging im Heilig-Geist ein Pfeiler zu Bruch, wodurch drei Mann verschüttet wurden. In der vergangenen Nacht gelang es, einen Häuer tot zu bergen, während die beiden anderen zwei Förderleute noch eingeschlossen sind. Anzeichen, daß sie noch am Leben sind, liegen nicht vor. Man hofft, sie im Laufe des heutigen Vormittags bergen zu können.

Schreckensnacht in Ratibor

Der Düsseldorfster Mörder als Täter?

Am vergangenen Sonnabend wurde der 30 Jahre alte Zuchtweber Josef Daniels im Stadteil Altendorf an der Ober von einem Unbekannten durch einen handbreiten Messerstich in die linke Brustseite getötet. Passanten fanden den Ermordeten am Sonntagmorgen auf. Die Mordekommission und die Kriminalbeamten stellten fest, daß es sich bei der Wunde um einen Stich mit einem Messer wie bei dem am Montag, dem 5. Mai, vor dem Rathenhaus ermordeten Schüler Bruno Jeller handelt. In der Nacht zum Sonntag wurde außerdem in der Kolonie Medane der Kaufmann Alfred Kuste auf dem Hof seines Hauses von einem Unbekannten durch einen eben solchen Stich in den Unterleib verletzt. Der Täter konnte unerkannt entkommen. Kuste wurde mit einer lebensgefährlichen Darmverletzung ins Krankenhaus eingeliefert.

Am Sonntagabend wurde die Vollzeit von einem Gastwirt alarmiert, der angeblich in dem Walde von Baumiau ein verblühtes Individuum bemerkt zu haben. Das Ueberfallkommando umgab den Wald. Schließlich fand man schlafend einen etwa 40jährigen Mann, den man verhaftete. Er trug einen Dolch und einen geladenen Revolver bei sich. Der Dolch scheint einen Kontur nach in die Wunden der drei Opfer zu passen. Am Montag wurde der mutmaßliche Mörder im südlichen Krankenhaus dem lebensgefährlich verletzten Kaufmann Kuste gegenübergestellt. Er erkannte in dem Fremden sofort den Täter. Daraus ergibt, mehrere Personen haben ihn auch in diesem Fall in der Nähe des Tatorts gesehen. Die Berliner Mordekommission prüft gegenwärtig, ob der unter dem Verdacht des dreifachen Mordmordes verhaftete Schlächter Leopold Bauer, der aus Brünn stammt, auch mit den Düsseldorfster Verbrechen in Verbindung zu bringen ist.

Miegatz. Vom Schlachtfeld der Arbeit. In einem hiesigen Dampf-Säge- und Hobelwerk geriet ein fünfzigjähriger Arbeiter mit der rechten Hand in die Abriehtmaschine. Es wurden ihm sämtliche Finger zerquetscht.

Glag. Fallicher Verdacht. Der Maurer Josef Klesse war, wie wir berichteten, unter dem Verdacht verhaftet worden, durch Mißhandlung den Tod seiner Ehefrau herbeigeführt zu haben. Die bald darauf vorgenommene Sektion der Leiche hat nun nicht ergeben, was den Verdacht bestätigen könnte. Laut einer Bescheinigung des Krankenhauses ist dort die Ehefrau an einer Lungenentzündung gestorben. Klesse ist nach der Vernehmung und nach dem Ergebnis der Untersuchung sofort wieder entlassen worden.

Sprottau. Grauenvoller Freitod. Auf fürchtbare Weise verliert am Sonnabend eine 23jährige Säuglingschwester aus Freystadt in der Nähe von Sprottau Selbstmord. Sie erkletterte einen Mast der 20 000-Volt-Überlandleitung Sagan-Sprottau und berührte die Drähte, so daß sie sofort getötet wurde. Die Stromzufuhr zur Stadt wurde auf etwa eine Stunde unterbrochen. Die Ursache ist unbekannt.

Sprottau. Leichenfund. In einer Feldscheune an der Sagan-Sprottau-er Chaussee fand man eine unbekannt männliche Leiche, deren Identität noch nicht festgestellt werden konnte. Der etwa fünfzigjährige tote hatte weber Papiere, noch Geld oder Wertgegenstände bei sich. Ob Freitod oder Unfall vorliegt, ist noch nicht geklärt. Ein Verbrechen scheint nicht vorzuliegen.

Biehan. Stadtverordnetenentscheidung fliegt auf. Die letzte Stadtverordnetenentscheidung hatte sich mit der Festsetzung der Steuerzuschläge für 1930 zu befassen. Ein Antrag, den Magistratsrat ohne größere Aussprache anzunehmen, wurde angenommen. Hierauf verließen Sozialdemokraten, Kommunisten, die Christliche Volksvereinsparteien und der Wltertsklub die Versammlung, die damit beschlußfähig wurde.

Vollkath. Grauenvoller Freitod. Auf grauenvolle Weise nahm sich die auf der Wuthestraße wohnende drei- und dreißigjährige Frau des Fabrikwebers Fiedrich das Leben. Ein Hausbewohner sah aus der Tür des Abortes Blut fließen. Als er öffnete, fand er die Frau, die sich mit einem Rasiermesser die Kehle durchgeschnitten hatten, noch lebend auf. Sie verstarb nach kurzer Zeit. Die Unglückliche, die stark nervenleidend war, hatte bereits mehrmals versucht, sich das Leben zu nehmen.

Pfah. Internationale Tariffonferenz. Im Sitzungssaal des Magistratsgebäudes tagt seit Anfang der Woche eine von Deutschland und Polen beschickte Eisenbahntariffonferenz, die die neuen Tariffälle festzulegen hat, die nach Abschluß des deutsch-polnischen Handelsvertrages notwendig geworden sind. Anfang nächster Woche werden auch tschechisch-polnische Delegierte an den Beratungen teilnehmen.

Kattowit. Tumult polnischer Gefangener im Gerichtsgefängnis. Im Gerichtsgefängnis in Kattowit kam es am Sonnabend zu schweren Tumulten, die von 56 politischen Gefangenen, die wegen kommunistischer Umtriebe in Untersuchungshaft sitzen, inszeniert wurden. Die Gefangenen wurden gegen die Ausrücker aufgeführt, da sie sich in den ihnen zustehenden Rechten benachteiligt fühlten. Die Ruhe trat erst wieder ein, nachdem ein Beamter der Staatsanwaltschaft die bindende Zusicherung gegeben hatte, daß eine Verletzung der Rechte der politischen Gefangenen in Zukunft nicht mehr vorkommen werde.

Aus der Umgebung

Brodau. Silberhochzeit. Wie wir erst nachträglich erfahren, feierte Genosse Erik Seidel mit seiner Ehefrau am Sonnabend Silberhochzeit. Herzlichen Glückwunsch.

Bischdorf. Gemeindevertreterwahl. Von den vier sozialdemokratischen Gemeindevertretern wurde eine außerordentliche Gemeindevertreterwahl beantragt, die am 8. Mai stattfand. Anlaß war die Tatsache, daß ohne Wissen des Schulvorstandes und ohne Genehmigung der Gemeindevertretung an der kath. Schule Renovationsarbeiten vom Pfarrer bzw. Kantor

vergeben worden sind, die weit über 1000 Mark ausmachten. Nach einleitenden Worten des Schiffs-Genossen Reichelt, über die Nichtbeachtung der Landgemeindevorordnung und Verstoß gegen § 46 des Volksschulunterrichtsgesetzes gab Gemeindevertreter Genosse Schwabauer nähere Erklärung ab, warum bei Vergütung an auswärtige Bauunternehmer die hiesigen Fachleute und Arbeiter nicht berücksichtigt werden, da einzeln angestellt sind. Hierauf erklärte Kantor Schmidt, die über die Kasse der Gemeindevertretung hinaus vergebenen Arbeiten seien zu Recht vergeben, weil die kath. Schule der Kirche gehört und die Gemeinde, infolge einer früheren Verfügung, verpflichtet sei, jedes Jahr für Reparaturen 300 Mark zu zahlen, deshalb könnte der Kirchenpatron darüber verfügen, wie es ihm beliebt. Zu diesen Arbeiten gibt die Regierung zwei Drittel, die Gemeinde hat ein Drittel zu zahlen mithin brauche der Schulvorstand und die Gemeindevertretung nicht befragt zu werden. Bis zur weiteren Klärung der Frage wurde notet durchgesetzt, daß zwei Maurer und ein Arbeiter aus hiesiger Gemeinde beschäftigt werden. — Die Wahl der von den Sozialdemokraten beantragten Rechnungsprüfungskommission wurden bis zur nächsten Sitzung verschoben.

Keulendorf. Ein Findling von beachtlichen Ausmaßen wurde von hiesigen sowie Nachhüher Schülern unter Leitung der Lehrer im Walde von Keulendorf ausgegraben. Derselbe war in blaugrauer Farbe gefärbt und ist aus rotem, schwedischem, pegmatitischem Granit. Er hat einen Umfang von 9,70 Metern, einen Durchmesser von 3,20 Metern, sowie eine Höhe von über 2 Meter. Sein Gewicht dürfte 650—700 Zentner betragen.

Sozialdemokratische Partei
Unterbezirk Breslau-Land/Neumarkt
Sekretariat: Margaretenstr. 17, Gartenhaus (Neubau), Zimmer 170-176
Telephon 59060, 59061
Geöffnet von 9-17 und 18-19 Uhr

Arbeiter-Wahlfahrt
Jeden Freitag von 14 bis 17 Uhr finden im Parteisekretariat Breslau, Margaretenstraße 17, Hof, Zimmer 173, die Sprechstunden der Arbeiter-Wahlfahrt statt.

Kattowit. Am Freitag, dem 16. Mai, 20 Uhr, im Lokal Gürtler, Mitgliederversammlung. Redner: Genosse Fritsch.

Sagan. Am Freitag, dem 16. Mai, 20 Uhr, im Lokal Reichwald, Mitgliederversammlung. Redner: Genosse S. Loh.

Bettlern. Donnerstag, den 15. Mai, 20 Uhr, bei Berg, Grünhübel, öffentliche Versammlung. Redner: Dr. Korn-Steine.

Letzte Wetternachrichten

Datum 14. 5. 30	Temperatur			Wetter	Wind	Niederschlag mm	Morgens Mittags Abends
	früh	Morgens mittags	Abends				
Miegatz	9	14	4	Niedr	SW 1	0	14 18 11
Bad Nitsberg	8	12	1	Niedr	SW 4	0	14 18 11
Heuboden	8	11	2	Niedr	SW	0	14 18 11
Heuboden	2	4	-1	bedeckt	SW 5	0	14 18 11
St. Schel. Bunde	0	1	-2	Niedr	SW 3	0	14 18 11
Freitagshaus	8	15	2	Niedr	SW	0	14 18 11
Schantz	9	16	5	Niedr	SW 1	0	14 18 11
Schleibitz	6	11	4	Niedr	SW 3	0	14 18 11
Bad Salsbrunn	7	12	6	Niedr	SW 1	0	14 18 11
Hiesland	5	14	2	bedeckt	SW 2	0	14 18 11
Weg. Breslau	9	13	4	Niedr	SW 1	0	14 18 11
Reichenbach	10	13	5	Niedr	SW 1	0	14 18 11
Reichenheim	7	12	6	Niedr	SW 2	0	14 18 11
Silberberg	7	12	2	bedeckt	SW 2	0	14 18 11
St. Schel.	7	12	2	bedeckt	SW 2	0	14 18 11
Wald	2	13	0	Niedr	SW 1	0	14 18 11
Biegenfels	9	12	8	Niedr	SW	0	14 18 11

Amlicher Wetterbericht

Des Meteorologischen Observatoriums Breslau-Krietern
(Nachdruck aus dem Quellennachweis vorbehalten)
Nach einer kurzen Beruhigung am Dienstag hat die Lage wieder einen unbehaglichen Charakter angenommen. Zeitweise kommt es zu Regenfällen. Die Temperaturen steigen etwas an. Einzelne Gewitter sind daher weiterhin möglich.
Ausfichten für das schlesische Flachland und die schlesischen Mittelgebirge:
Bei westlichen Winden wolkig, nur vorübergehend aufhellendes Wetter, einzelne Regen- und Gewitterböen, etwas milder.
Ausfichten für das schlesische Hochgebirge:
Zeitweise aufhellender, wolkiger Wind, meist neblig-wolkig, zeitweise Regen, milder.
Sonnenaufgang: 4,09 Uhr, Sonnenuntergang: 19,45 Uhr.



Sonderschau

Stoewer 8 Zyl.

Generalvertretung:
Heinrich Jöst
Breslau II

Das
gesellschaftliche
Ereignis

vom 11. bis 17. Mai 1930

in der Terrassengaststätte
an der Jahrhunderthalle

Staatsberatung im Provinzparlament

Der alte Fritz und das Ostprogramm — Die Sozialdemokratie zum Haushaltsplan — Für Verhinderung mit Wetz — Wohnungen sollen gebaut werden — Lehmann soll nach Palästina fahen — National-„sozialist“ Nowak bekräftigt die Frau eines sozialdemokratischen Abgeordneten

Die Dienstag-Sitzung des Provinzialparlamentes stand im Zeichen der mühsam wiederhergestellten parlamentarischen Amtsgangformen. Die Redner waren im Sitzungssaal sauer wie Osterlamm; nur im Nachhinein hielt es Herr Nowak für erforderlich, die Frau des Breslauer Landrats, Genossin Woske, in der üblichen Kommandoform anzusprechen. Im übrigen war alles auf die Stadtdarstellung abgestellt, die mit einer Einführungsrede des Landeshauptmanns begann und am Abend mit den in Breslau fast am bekanntesten Traben des Kommunisten Woske, Weber abschloß, da das Provinzparlament, der ursprünglichen Absicht, eine Dauer Sitzung bis zum Abschluß der Beratungen durchzuführen, zuwider, sich um 10 Uhr auf heute vertagte.

Eingangs der Sitzung ergriff der Landeshauptmann das Wort, um zwei Entschlüsse, eine zum Ostprogramm und eine zur Kraftfahrzeugsteuer, zu begründen und in allgemeinen Ausführungen die Fragen der besonderen Schwierigkeiten wirtschaftlicher und sozialpolitischer Art in Niederschlesien zu behandeln. Was er sagte, stützte sich natürlich auf das bekannte nieder-schlesische Ostprogramm und die

Denkschrift der sechs Landeshauptleute,
wobei er nicht vergaß, zu betonen, daß bei dieser Denkschrift die Initiative bei Niederschlesien gelegen habe. Hindenburg schrieb er das Verdienst zu, auf Grund seines seinerzeitigen Beschlusses die Hilfsaktion für den Wohnungsbau im Waldenburger Revier gefördert zu haben. Außerdem betonte er die besonders enge Zusammenarbeit mit Oberschlesien, die Kräfte der Landwirtschaft, die nach seiner Auffassung der stärkste Ausdruck der Not in Oberschlesien sei und mit der Verminderung der Produktion des Ernährungszustand des deutschen Volkes bedrohe. (Es wäre entschieden gut, wenn der Landeshauptmann bei seiner sonst intentionell verkürzten „Volkswacht“ auch das Manifest der Internationalen lesen würde.) Zum Schluß kam natürlich unermüdlich aus der Denkschrift der politisch nicht unbedenkliche und sachlich unhaltbare Satz, daß Honig und Manna in Schlesien sein würden, wenn die Polen das adreierene Gebiet wieder hergäben, wofür der Landeshauptmann distreten Beifall auf der Rechten, allerdings nur auf der Seite der Polen, entzete. Der Kammerer Werner gab folgendermaßen eine Einleitung zur Staatsberatung, behandelte aus der wirtschaftlichen Weltlage und der Lage Deutschlands und den sich überall zeigenden Krisen heraus die besonders ungünstige Lage Niederschlesiens. Er forderte großzügige Wirtschaftshilfe, d. h. Lastentlastung im Sinne des Bürgerblades und Sanierung der Kommunalfinanzen — wie wurde nicht gesagt —, vor allem aber Frachtenentlastung für Schlesien und Regelung des preussischen Finanzausgleiches, unbeschadet der erst in späterer Zeit zu erwartenden Regelung im Reich. Mit Nachdruck warnte er vor einer Finanzpolitik, die sich zu stark auf Anleihen stütze. Der

traditionelle Stadtrichter
des Finanzausschusses, Dr. Keler (D. Sp.) hielt sein ebenfalls traditionell über reichlich zwei Stunden ausgedehntes Referat über den Haushaltsplan, wobei er die technische Mängelhaftigkeit des Etats (sich sollte nicht übersehen, daß mit dem Arbeitsbeschaffungsprogramm eigentlich zwei Haushaltspläne vorliegen).

Der Hauptetat hiebt erstmalig eine eingehende Vermögensbilanz zum 31. März 1929, die auf Grund der Neuordnung des Buch- und Kassenwesens nunmehr als „Eröffnungsbilanz“ zu gelten hat. Auf ihr wird sich die Ertragsrechnung für das Etatsjahr 1929 aufbauen, sodas dem nächsten Provinzialparlament im März 1931 die zweite fortgeführte Vermögensbilanz der Provinz Niederschlesien vorzulegen wird. An Hand einer vergleichenden Zusammenstellung des Referenten zeigt sich hierbei, daß der normale Reichtum unter Ausschöpfung aller durchlaufenden Gelder und Verrechnungsstellen in den Ausgaben beträgt:

	1929	1930
im Ordinarium	33 378 229 M	34 580 290 M
und im Extraordinarium	4 884 000 M	2 087 300 M

Hierzu treten in den Ausgaben für 1930 für besondere Aufwendungen für das Arbeitsbeschaffungsprogramm noch an Ausgaben im Ordinarium 200 000 Mark (1/2 Prozent Provinzialumlage) und im Extraordinarium 5 000 000 Mark (auf Anleihen). Der dem Etat zugrunde liegende Vermögensnachweis der Provinz ergibt den Ausweis eines reinen Vermögens von rund 23,5 Millionen Mark. Dieses Vermögen im Zusammenhang mit der gesamten Steuerkraft der Provinz bilde die Grundlage für die Kreditbedürfnisse der Provinz Niederschlesien. Weiter erörterte hierauf die einzelnen Anträge, die zu dem Hauptetat in dem Finanzausschuß des Provinzialparlamentes gestellt worden sind. Soweit diese Anträge im Ausschuß angenommen worden sind, ergeben sie insgesamt eine Entlastung des Normalstats um 17 000 Mark, denen eine Neubelastung für das Arbeitsbeschaffungsprogramm im Ordinarium von 290 000 Mark entgegensteht. Die Sonderbetriebe der Provinz, wie Provinzial-Elektrizitätswerk, Provinzial-Hilfskasse, Stadtkasse, Provinzial-Lebensversicherung, Ferngas Niederschlesien u. G., Schlesiens Heimstätte G. m. b. H., Niederschlesische Provinzial-Feuerlöschgesellschaft haben sich zufriedenstellend entwickelt. Das Provinzial-Elektrizitätswerk ist in die Einnahme des Hauptstats wiederum mit einem (allerdings recht behäbigen, Red.) Ertrag von 500 000 Mark eingeleitet worden. Die Provinzial-Hilfskasse habe aus eigenen Mitteln die für ihre Übernahme an Oberschlesien zu entrichtende Abfindungssumme nunmehr voll gedeckt. Mit der Besserung des inländischen Kapitalmarktes für Pfandbriefe wird diese Provinzialbank nunmehr ihre Emissionstätigkeit wieder aufnehmen. Im Interesse der heimischen Wirtschaft wird des kommenden Bedarfs der Provinz an großen neuen langfristigen Provinzialanleihen erscheint die Erhaltung des uneingeschränkten Einflusses der Provinz auf dieses eigene öffentliche Bankinstitut als eine Lebensfrage der Finanzverwaltung der Provinz.

Die Ferngas Niederschlesien u. G. wird im Laufe dieses Sommers zur Abgabe von Ferngas in dem Strehlberger Talteßel in der Lage sein und sei auch bereit, die Versorgung des Landeshauptmanns Gebietes zu übernehmen. Die folgende Teilweise des Haushaltsvoranschlags von 84,8 im Jahre 1928 auf 78,6 Millionen Mark, sich bei der Vergleichen im Vergleich der Provinzialstats der preussischen Provinzen. An Resolutionen zum Hauptetat wird dem Landtag vor allem eine zusammenfassende Entschlüsse in Vorschlag gebracht, die von den Regierungen und Parlamenten in Reich und Staat in Berlin verlangt, daß in die im Entwurf begriffenen neun Provinzial-Hilfskassen

Wohnungsnot in den Ost-
provinzen zu beseitigen. Verhältnisse, als es nicht nur, sondern auch in den Ostprovinzen, die Kommunalverwaltungen die nötigen Gelder und anderen Mangel, die die Länder mit den ihnen zugewiesenen im Reich die Verfügung über den Kreditmarkt verhältnismäßig leicht zu beschaffen, sondern auch in den Ostprovinzen, die

Länder alten Stilles heute noch als Privileg besitzen. Dieses Verlangen wäre nichts Ungerechtes, auch geschichtlich nicht Neues, da

Friedrich der Große

als lehrter deutscher Staatsmann, der die Verhältnisse Schlesiens besonders untersucht und beobachtet hat, schon dem Lande Schlesiens eine eigene staatsrechtliche Stellung innerhalb Preußens verliehen hat. Friedrich der Große stand — frei nach Dr. Keler — vor einem ähnlichen Problem, wie es heute die Abschließung Schlesiens von den umliegenden slawischen Ländern mit sich bringe. Durch die Übernahme Schlesiens aus der Kultur- und Wirtschaftsgemeinschaft der österrösischen Erbländer in den Verband Preußens drohten damals die gleichen Nachteile infolge des Zerfalls alter Verbindungsadern. Friedrich der Große hat zur Vermeidung der drohenden Schäden ein eigenes Ministerium für Schlesien und eine musterghilfliche Sondergesetzgebung für Schlesien geschaffen und hat persönlich intensive Mitarbeit an der Förderung Schlesiens geleistet.

Bei der heutigen demokratischen Verfassung sei der Provinzialparlament, der aus allgemeinen, gleichen, geheimen und direkten Wahlen des ganzen niederschlesischen Volkes hervorgegangen ist, das verufenste Organ, um als Vertreter des niederschlesischen Volkes die verantwortlichen Stellen unserer gesamten deutschen Volksgemeinschaft auf diese Gedankengänge auf das Ernsteste hinzuweisen. Nach dieser historischen historischen Verbindung des alten Preußen mit den Ostfragen des 20. Jahrhunderts konnte natürlich nur ein Appell zur Einheit in der besten empfohlenen Volksgemeinschaft, die am Vorabend der Staatsberatung so wunderbar illustriert worden waren.

Nach einer kurzen Mittagspause nahm als Mitberichterstatler

Genosse Troeger-Neufatz

das Wort. Er bezeichnete es als einen Mangel, daß die Unterscheidung zwischen ordentlichem und außerordentlichem Etat nicht in einer Form erfolgt sei, die als eine besondere Ueberbilligkeit angesehen werden könne. Auch der neue Etat enthalte wiederum wiederkehrende Ausgaben im Unklarheit verzeichnet. Diese Unklarheiten können sehr leicht ein falsches Bild entstehen lassen. Bei einer Gegenüberstellung einzelner Etats mit dem Haushaltsplan des Vorjahres wird der Unterschied ersicht, als ob große Abstriche vorgenommen worden seien, während in Wirklichkeit nur größere Positionen unter einmalige Ausgaben aufgenommen worden sind. Im Ausschuß habe Zweifel bestanden, ob die für die Fortschrittsstelle eingelegten 6000 Mark unbedingt erforderlich seien. Aber der Betrag ist schließlich doch bewilligt worden, weil es notwendig ist, eine neutrale Stelle zu schaffen, deren Unterlagensmaterial zuverlässig ist, was von den durch Interessensorganisationen angegebenen Zahlen nicht immer behauptet werden kann. Auch die Zahlenangaben, die die Landwirtschaft betreffen, wären gewiß anders ausgefallen, wenn diese neutrale Stelle schon vorhanden gewesen wäre. Der Redner ging dann auf die einzelnen Etatpositionen ein und erörterte die Möglichkeiten, Einsparungen zu machen, die allerdings sehr gering seien. Beim Besetzungsetat wäre es gewiß wünschenswert, daß es angeordnet werde, sei es hinsichtlich der Erleichterung der Schaffung von Beförderungs- und neuer Stellen, die von der Zustimmung des Provinzialausschusses abhängig gemacht werden soll.

Beim Etat für die Anstalten sind die Kostgebühren erhöht worden. Die Betreuung der Blinden und Krüppel ist teurer geworden, weil auch besondere Trennungen der Befähigten und weniger Befähigten Inassen erfolgt ist. Hierbei ließe sich noch eine Verbilligung und Verbesserung herbeiführen, wenn die Provinzen mehr miteinander Hand in Hand arbeiten würden. Die Ausbildung der Blinden wurzelt noch zu sehr in den Aufstellungen des Handwerkers. Sie erhalten gewiß eine teilweise sehr gute handwerkliche Ausbildung, aber eine praktische Verwertbarkeit erweise sich trotzdem nicht immer und es wird auch auf diesem Gebiete einmal den Verhältnissen des heutigen Wirtschaftslebens etwas mehr entprochen und industrielle Ausbildung ins Auge gefaßt werden müssen. Wenn vom Wohlfahrtssetat 237 000 Mark abgesetzt worden sind, so besteht allerdings keine Aussicht, daß dieser Betrag in Wirklichkeit eingespart sein wird; auch die Ausgaben für kulturelle Zwecke seien sehr mager eingeleitet. Bei der Erörterung der Einnahmeseite kennzeichnete der Redner die Tatsache, daß allein

für den Anleiheendienst

45 Prozent der Provinzsteuern aufzuwenden sind und betonte, daß mit dieser Politik gebrochen werden müsse. Auch die Besteuerungen, die Postgebühren hoch zu ziehen, um dadurch die Steuern zu senken, bedeuten keine Entlastung der Steuerzahler, denn letzten Endes sind die hauptsächlich zu diesen Kosten herangezogenen Bezirksfürsorgeverbände auch nur wieder die Kommunen und Gemeinden. Bei der Gegenüberstellung der einzelnen Provinzen hob er ganz besonders hervor, daß Niederschlesien mit der auf den Kopf der Bevölkerung entfallenden Steuerlast an fünfter Stelle zu stehen komme. Sie beziffert sich auf 2,40 Mark pro Kopf, während er beispielsweise in Ostpreußen nur 1,20 Mark beträgt, was gewiß nicht zuletzt auf die besonderen Hilfsaktionen zurückzuführen sein dürfte. Eigenartig seien auch noch die verschiedenen Anlässe der einzelnen Pflegeanstalten, die zwischen 1200 bis 1800 Mark für den Inassen schwanken.

Im allgemeinen sei der Gesamtetat zwar knapp, aber immer noch reichlicher als in vielen schlesischen Kommunen. Längere Ausführungen machte Genosse Troeger noch über das Elektrizitätswerk der Provinz, das einen höheren Gewinn erbringen muß. Hier ist Klarheit unbedingt zu schaffen und der Ausschuß empfiehlt deshalb auch die Wahl einer ständigen Kommission zur Kontrolle dieser Unternehmen. Die Provinzialverwaltung ist ein Selbstverwaltungskörper, der noch nicht so recht zum Leben gekommen ist und es wäre durchaus wünschenswert, daß die Provinz ihren Aufgabenkreis erweitert, damit auch die Bevölkerung in viel weiterer Maße von diesem Selbstverwaltungskörper und seiner Bedeutung auch etwas erfährt.

Als erster Debattierender trat hingegen Graf Kerserling (Dnat.) die Klarheit des Etats und verwahrt sich dagegen, daß früher in dem Hause — wie es der Kammerer in seinem Begleitbericht zum Ausdruck brachte — Steuerhau und Anleiheverpflichtung beidemals gewesen sei.

Mit außerordentlicher Belohnung

selbst die Deutschnationalen über die Nachtritte erklärt, die Reichssteuererhöhungen in Aussicht stellen. (Zuruf links: „Steuern haben die Agitateure noch nie ganz verstanden!“) Das übliche Ständeprecht rief der Graf, als er sich über die angebliche politische Engpaßhaftigkeit bei Stellenbesetzungen ausließ. „Wie verdienten und belohnte Beamte (Zuruf der Kommunisten: „Wie Kriminellen!“) müßten nur zu oft Dauten werden, die durch irgend welche politischen Einflüsse eingeleitet werden. (Zuruf bei den Sozialdemokraten: „Das sagen Sie!“) Damit wert, nicht den Vertrauen der Bevölkerung zu den Behörden gekürzt. Zum Schluß behauptete er noch, daß die Weimarer Parteien die folgende Entschlüsse eingebracht haben:

Die Regierung solle die notwendigen Maßnahmen ergreifen, um den Anleiheendienst zu erleichtern und die Provinzen in der Lage zu setzen, die notwendigen Mittel zu beschaffen, um die Provinzialverwaltung zu finanzieren.

Der Provinzialparlament hat sich über die Genehmigung des Haushaltsplans mit dem Reich durch die Reichsregierung und erfüllt, daß der Reichstag das Gesetz beschließen wird.

Man solle — meint Kerserling! — das nicht so laut aussprechen, daß ein großer Teil der Bevölkerung sich nach dieser Regelung sehnt, denn das könnte noch größeren Schaden anrichten, für die Sozialdemokraten hielt

Genosse Lehmann

die Staatsrede. Er betont, daß im Vorjahre aus den Ueberweitungsteuern 801 000 Mark weniger eingegangen sind als veranschlagt waren. Es muß deshalb abgelehnt werden, diese Einnahmen im vorliegenden Etat um weitere 60 000 Mark höher zu veranschlagen wie es von der Rechten des Hauses beantragt wird. Entscheidend ist es, daß die Verhältnisse der Provinz gegenüber den als vieler Gemeinden und Kommunalverbände. Wenn beim Verlesesatz 1,6 Millionen getrichen worden sind, so bedeutet das zu einem Teil auch Ueberausfall, soweit der Staatshaushalt dabei berührt wird. Es muß aber endlich auch einmal darauf geachtet werden, daß die hauptsächlichsten Anruher der Straßen mehr zur Ausbringung der Kosten herangezogen werden. Die Kraftfahrzeugsteuer ist nicht als ein Ausgleich dafür zu betrachten. Es muß als ungerecht empfunden werden, daß ausschließlich die Allgemeinheit die Aufwendungen bezahlen soll, die nur einzelnen zugute kommen. Wenn der Abgeordnete Keler davon sprach, Schlesiens mehr in das Bewußtsein des Volkes einzubringen, dazu zu sagen, daß es vielleicht eines der Verhältnisse des Jahres 1918 war, daß der großdeutsche Gedanke und die Schaffung des Einheitsstaates damals nicht intensiver in den Vordergrund gestellt worden sind.

Wenn im Jahre 1913 rund 1 600 000 Tonnen Güter über Breslau verfrachtet wurden, während es heute nur noch 600 000 Tonnen sind, so berechtigt diese Tatsache sehr wohl, darauf zu drängen, daß der Kriegszustand nach dem Osten endlich durch einen Frieden abgelöst wird. Die Sozialdemokratische Fraktion erachtet es deshalb für notwendig, der von ihr mitunterzeichneten Entschlüsse zuzustimmen. Schlesiens kann nur geholfen werden, wenn ihm die Möglichkeit gegeben wird,

sich nach Osten zu orientieren.

Vor allem muß auch intensiv gesiebelt werden. Einhundert Tausend sind wertvoller als ein Großgrundbesitzer. Für Unwettergefahren werden 400 000 Mark angefordert, und es muß bei dieser so regelmäßig wiederkehrenden Aufwendung auch einmal die Frage aufgeworfen werden, ob sich hier durch entsprechende Vorbeugung nicht auch einmal bessere Wirkungen erzielen lassen. Nicht einverstanden sind die Sozialdemokraten mit der einzulegenden Sparkommission. Die Erfahrungen auf diesem Gebiet rechtfertigen nicht die Hoffnungen, die auf eine solche Einrichtung gesetzt werden.

Eingehend begründete Genosse Lehmann dann noch eine Entschlüsse zur

Behebung der Wohnungsnot,

die folgenden Wortlaut hat:

Unabhängig vom Arbeitsbeschaffungsprogramm zur Behebung der Wohnungsnot und zur Behebung des Baumaterials in der Provinz ist den Gemeinden die Möglichkeit zu geben, sofort mindestens 2000 Wohnungen zu errichten und ihnen für diesen Zweck pro Wohnung eine Hypothek von 2000 M. mit einem Zinssatz von höchstens 5 Prozent zu gewähren. Von Reich und Staat soll vorläufig werden, den gleichen Betrag zu erhalten mit einem Zinssatz von nur 1 Prozent.

Die für die Aufgabe notwendigen Mittel von 6 000 000 Mark sind in Anleihen zu beschaffen; soweit möglich sollen hierfür die Subventionen und Anleihen der Provinz, Provinzialhilfskasse, Stadtkasse, Lebens- und Haftpflichtversicherungsanstalt, Feuerlöschgesellschaft, herangezogen werden. Die darüber notwendig werdende Uebernahme der Staatsanleihe, in ungefähre Höhe von 360 000 Mark sind im Haushaltsplan einzuflechten.

Es müsse einmal gesagt werden, daß diese Forderung einem dringenden Bedürfnis entspricht und nicht erst gewartet werden soll, bis sich aus der ungeheuren Wohnungsnot die Zustände entwickeln, die später den Bau von Irrenanstalten, Gefängnissen und Erziehungsanstalten erforderlich machen müssen. Da sich bei dieser Bemerkung der Kasibonze Herda bemüht fühlte, Lehmann zuzurufen,

er solle doch nach Palästina auswandern und nicht solchen Quatsch verzapfen,

erhielt er von dem stellvertretenden Vorsitzenden einen Ordnungsruf.

Genosse Lehmann sprach dann zur Frage der Förderung der Erwachsenenbildung und äußerte sich in diesem Zusammenhang zustimmend zu dem Antrag, für die

Errichtung einer Bauernvolkshochschule

25 000 Mark zu bewilligen. Da sich der nationale „Sozialist“ Herda noch immer mit den zu dem Thema unpassendsten Bemerkungen mühte, erklärte ihm Genosse Lehmann, daß seine zusammen Zwischensprüche nur beweisen, wie notwendig es den Bau einer solchen Schule hätte, worauf der stellvertretende Vorsitzende den Redner prompt ermahnte, sich zu mägen. (Bei den Provinzialen des Stillerianers Stranke am Vortage war er bekanntlich nicht so resolut!) Den Wunsch des Grafen Kerserling nach mehr Gemeinschaft rühte der sozialdemokratische Redner besonders in das rechte Licht. Gemeinschaft ist nur ermittelbar, wenn der Arbeiter nichts merken läßt, daß er auch da ist; meldet er aber als solcher seine berechtigten Forderungen an, dann ist er gleich der Störenfried. Wenn ausgerechnet der Deutschnationale, der den Mißtrauensantrag gegen den Oberpräsidenten unterstützte, für Gemeinschaft und gegen die nach politischen Gesichtspunkten vorgenommene Besetzung der verantwortlichen Staatsfunktionen spricht, so sei dies wohl jedem als Demagogie erkennbar. Anzustreben ist in Zukunft auch weiterhin die Uebernahme der Anstalten in die Verwaltung der Provinz. Sie gehören in die Hände der Allgemeinheit, wie die Monopolwirtschaft im allgemeinen. (Zuruf rechts: Korruption!) Wenn die Korruption der Provinz wirtschaft in jedem einzelnen Falle so ausgeschlachtet würde, wie die hier und da auch in öffentlichen Betrieben behäuerlicherweise vorkommende, dann würde sich sehr bald zeigen, wo es korrupter zugeht.

Zum Schluß sprach Genosse Lehmann noch über die Kulturförderung und verwies dabei auf die auf dem Gebiet der Erziehung liegende Großtat der

Arbeiterkinderfreunde,

die ein Recht haben, aus den Mitteln der Allgemeinheit Zuschüsse zur Unterstützung ihres Wirkens zu erhalten. Die Sozialdemokratie wird dem Etat zustimmen und melde deshalb auch die Forderungen der Arbeiterkinderfreunde an. Zwei inzwischen eingegangene Anträge der Kommunisten über Änderungen der Etatspositionen und Begrenzung der Gehaltsgruppen werden nicht ausreichend unterstützt, so daß sie nicht auf die Tagesordnung kommen.

Der nächste Redner, Abg. Charbonnier (Sp.), wagt vor einer Ueberhöhung des Finanzausgleiches, bemängelt die Höhe der Verwaltungskosten der Anstalten und betont, daß die Zustimmung von der Notwendigkeit der Öffentliche Uebernahme werden müsse. Der Zentrumredner Janson preist das Wirken der Caritas und glaubt nicht, daß öffentliche Anstalten mit den Seelen der Anstaltsinassen fertig werden könnten. Unter allgemeiner Heiterkeit beantragte der Kommunist Wollweber, nach diesem Uebergeh die Sitzung zu schließen, um sie vorzeitig mit der Erbauung des Hauses zu schließen, um sie wieder zu öffnen. Der Antrag wird aber gegen die Stimmen der Arbeiterkinderfreunde und Sozialdemokraten abgelehnt. Es kommen deshalb nach Herder Kohz (Witzsp.) und Wollweber (Komm.) zum Wort. Während der erste besonders über die Schlesiens Heimstätte sprach, weil sie dem Privatbau Konkurrenz mache und sich auch gegen die Gründung eines Landesamtes wendet, beantragt Wollweber das Arbeitsbeschaffungsprogramm als quadratische Organisation und stündigt die Staatsrechnung der Kommunisten als Reichen der Reichlichkeit gegen die Parteien, dieses sogenannte

Hartwig Neumond, der Spielerrechtsanwalt

Taktik im Smogging — Der Frankfurter Skandal — 30 000 Mark Monatslohn — Die Nächte am Spieltisch — Und dann Morphium...

Die Affäre des Berliner Rechtsanwalts und Notars Dr. Hartwig Neumond, der am Sonnabend Abend in einem bekannten Berliner Hotel seinem Leben durch Veronal ein Ende machte, zieht immer weitere Kreise. Neumond war ein Berliner Rechtsanwaltskammer, Spezialist für einträgliche Fälle der Gesellschaft. Die Klientel des redgewandten, salonfähigen Mannes rekrutierte sich größtenteils aus vermögenden Industriellen, Film- und Bühnenkreisen. Neumond verdiente geradezu phantastisch viel — sein durchschnittliches Monatsentgelt dürfte mit 30 000 Mark nicht zu niedrig angegeben sein. Außerdem hat Neumond 1,5 Millionen Mark von seinen Brüdern geerbt, die vor etwa einhalb Jahren bei einer Autourtour tödlich verunglückt sind. Das ganze Vermögen ist dem Rechtsanwalt wie ein Nichts unter den Fingern zerfallen...

Gardenbergsstraße am Zoo. Lichtreflexen, flatternde Menschenmassen, Bars, Tanzlokale: hier ist es auch, wo in einer von außen durchaus solide aussehenden Etagenwohnung einer der beliebtesten Spielclubs von Berlin sein Heim hat und wo ein Unvorsichtiger in einer Nacht mehr verspielt, als ein Arbeiterjahre in einem Mensurleben auszuhalten hat. Abend für Abend erschien hier Rechtsanwalt Neumond: ein feingliedriger, intelligenter Typ mit sehr nervösen Augen, die unruhig über das Spielfeld wanderten, auf dem er eine Schlacht nach der anderen verlor. Neumond war ein hemmungsloser Spieler, der an manchen Abenden 20 000 bis 30 000 Mark verlor; kein Wunder, daß er in einer der Nächte der letzten Monate, in denen er besonders viel Geld eingebüßt, einen schweren Nervenzusammenbruch erlitt, zumal der Anwalt ein steter Massenverbraucher von Morphium und Kokaïn war, die seit langem seine Gesundheit untergraben hatten. Schon beschäftigte sich die Zeitung des Klubs mit der Frage, ob es nicht zweckmäßig wäre, Neumond zu veranlassen, dem Spieltisch eine Weile fernzubleiben.

Neumond mochte von solchen Ratschlägen nichts wissen. Er hatte ehedem schon Schindeln gemacht, sich nämlich, wie man den Geldern der dem Notar Vertrauenden vergewissert — nun sah er alles auf eine Karte. Er hoffte, alles zurückzugewinnen, verlor aber immer wieder. Unter den Geschädigten, deren Zahl ein halbes Hundert erreichen soll, sind auch Max Ballenberg und Eugen Klöpfer, prominente Schauspieler, die, wie viele andere, berechnigte Ansprüche auf Gagen geltend machen, die ihnen das Hartungische Renaissance-Theater zu zahlen hätte, das Neumond finanziell verwaltet sollte. Die Dinge wuchsen Neumond, der hier als Vertrauensmann des Michael-Konzerns direktoriale Machtstellung erlangt hatte, über den Kopf. Das Theater mußte seine Pforten schließen.

Bis in die letzten Tage war vor Gericht von den Schwierigkeiten Neumonds nichts zu bemerken. Niemand wußte, daß den Mann, der zu Berlins gewandtesten Verteidigern zählte, eine Schuldenlast von vielen Hunderttausenden drückte. Konzentriert, Richter und Zuhörer spannend und packend, selbstgewandt, spöttisch plädierte er. Fast jeder der Prozesse seiner Klienten war gleichzeitig ein persönlicher Erfolg für ihn. Und seiner schaute hinter die Mäse, des schon seit Monaten Erledigten, der seinen Zusammenbruch mühselig vor der Augenwelt verbarg.

Gibt besiegelte den letzten Akt. Das Büro des Rechtsanwalts Neumond in der Potsdamer Straße 134 ist verwaist, die glänzende Fassade zusammengebrochen, das fast spannende Drama vom Glück und Ende Hartwig Neumonds, des Künstlerrechtsanwalts von Berlin, ausgespielt.

Aus Liebestummer unter die Räder gegangen

An der Haltestelle Mittel-Herwigsdorf bei Zittau an der Bahnstrecke Zittau-Dresden wurde vom Zugpersonal eine entleerte und furchbar verstimelte weibliche Leiche unter der Lokomotive eines Personenzuges aufgefunden. Die Tote war in Mittel-Herwigsdorf als Kindersträflin beschäftigt und ist neunzehn Jahre alt. Schwermut infolge Liebestummer haben das Mädchen zu dem Entschluß veranlaßt, sich überfahren zu lassen. Der Körper der Toten wurde einen Kilometer weit vom Zuge mitgeschleift.

Verhaftung in Berlin wegen der Düsseldorf Massenerde

Die Berliner Kriminalpolizei hat am Wedding eine aufsehenerregende Festnahme durchgeführt, die mit den Düsseldorf Massenerde in Zusammenhang stehen soll. Es handelt sich um den 30 Jahre alten Arbeiter A., der sich seit etwa sieben Wochen unangemeldet in Berlin bei seiner verheirateten Schwester in der Neuen Hauptstraße aufgehalten hat. Die Kriminalpolizei hat ermittelt, daß A. vom März bis November 1929 in Düsseldorf war und dort ein heimlich geheimes Leben geführt hat. Vorher hielt er sich in Stolp auf, wo er in eine Schlägerei verwickelt war, wegen der er auch von der Polizei gesucht wurde. Im November 1929 ist er plötzlich spurlos aus Düsseldorf verschwunden. Wo er in der Zwischenzeit gewesen ist, konnte noch nicht ermittelt werden. Die Kriminalpolizei hofft, noch im Laufe des heutigen Tages Klarheit darüber zu erhalten, ob A. mit den Düsseldorf Verbrechen etwas zu tun hat oder nicht.

Noch immer Erdbewegungen in Bienenburg

Die Erdbewegung im Einkirchgebiet von Bienenburg ist noch immer nicht zum Stillstand gekommen. Der große Krater am Harzberg in Bienenburg ist im weiteren Einkirch. Sein Obertrand hat die Höhe des Berges fast erreicht. Man berechnet, daß etwa 200 000 Kubikmeter Erde nötig sind, den Krater auszufüllen. Gestern vormittag entstand am Vogelherd ein neuer Einkirch, der den Bahnkörper der Braunschweigischen Strecke berührt, so daß der Verkehr nach Braunschweig unterbrochen werden mußte. Mit weiteren Einkirchen ist zu rechnen.

Im Schacht II hat die Baugruppe die vierte Sohle erreicht. In Schacht III kehrt sie nach über. Unter Hinzunahme von Spezialarbeiten verläßt man heute den Schacht abwärts. Die Untersuchungen in Wiesental haben gezeigt, daß der Mann der über einen unterirdischen Katakomben gefunden hat. Die Tage der Bevölkerung in Wiesental ist mindestens ebenso schwierig wie in Bienenburg, da auch dort die Mehrheit der Einwohner auf den Katakomben beschäftigt war.

Die Nacht von Berlin

Unterwelt? — Café Roland — Der Betrachte und die zweieinhalb Zentner — Hammerklavier und Herzerverbrennung — Im Koppenteller — Nizza

Polizeibericht: „Bei einer Razzia im Norden Berlins wurden eine Anzahl verdächtiger Personen festgenommen und ins Polizeipräsidium eingeliefert. Unter den Verdächtigen befanden sich mehrere Personen, die von der Polizei gesucht wurden, darunter auch zwei entlaufene Straflinge.“

Berliner Unterwelt! Das ist ein Schlagwort, mit dem renommierteste Provinzierer um sich zu werfen pflegen, wenn sie wieder glücklich zu Hause angelangt sind. Denn etwas, was man mit Recht als „Unterwelt“ bezeichnen könnte, gibt es in Berlin nicht. Diese riesige Stadt, in der sich Menschen aus aller Welt ein Stellbildnis geben, in der die Not und das Elend schmerzlicher und brennender auftreten als in anderen Städten, hat natürlich ein Nachleben, in dem Prostitution, Verbrechen und Unbuddhigkeit zu einem schauerlichen Freiklang zusammenkommen. Berlin hat Ringvereine, in denen sich Verbeirte und auch Zuhälter vereinigen; aber dies alles ist viel weniger System als die meisten anzunehmen scheinen. Gerade dieses Unzusammenhängende, Gelockerte des Berliner Unterweltbetriebes — um einmal das ominöse Wort zu gebrauchen — gibt ihr das einzigartige Bild, das in diesen Berliner Nächten die soziale und auch kriminelle Struktur der Millionenstadt kaleidoskopartig aufschimmern läßt....

Café Roland in der Chausseestraße. Hier beginnt der Betrieb um 4 Uhr, nachdem er um 3 Uhr erst aufgehört hat. 23 Stunden ist der „Roland“ geöffnet, er ist das glänzendste Geschäft im ganzen nördlichen und weiteren Norden. Von 3 bis 4 Uhr sind 12 Schenkerinnen tätig, um wenigstens die schlauesten Spuren des Dauermittels zu tilgen und ein wenig Ordnung zu schaffen. — Schon um 4 Uhr hat sich eine stattliche Menge angeammelt, die mehr oder weniger temperamentvoll Einlass begehrt. Es ist ein sehr gemischtes Publikum, das sich hier eingefunden hat. Neben Besitzern eleganter Autos aus Berlin W

gewaschen, wie?! Da sollte man ja geradezu die Gesundheitspolizei holen! — „Blau“ dich man nur nicht so auf, Wännchen“, sagt der Kellner und tritt mit finsterner Miene näher. „du hast wohl etwas zu viel Luft geschluckt, daß du dich so aufpustest? Bei deiner Glanz kann dir so ein Haar doch nur gut tun.“ — „Was ist der Chef?“ brüllt nun der Herr, der ein Haar in der Suppe fand. — Der Chef erscheint nicht, stattdessen greift der Cerberus vom Eingang den Grad samt Inhalt um die Hüfte, zwei Kellner sekundieren und in Sekundenschnelle befindet sich der Mann in nächtlicher Kühle und unläßt aufs Straßenpflaster geschleht.

Das Café Weiß ist mehr auf moll gestimmt. Hier versammeln sich nach der Arbeitsnacht die Strichmädchen der Chausseestraßengasse, um mit ihren „Luden“ Rasse zu machen. Das geht manchmal nicht ohne Krakeel ab; wenn sich Mann und Frau nicht einig werden und einander zu prügeligen, tritt der Chef höchst eigenhändig in Aktion. Dieser Chef ist mäßig genug, um aufsteigende Anruhen im Keim zu ersticken. Er soll einmal Ringkämpfer gewesen sein und macht von seinem körperlichen Privileg in solchen Fällen reichlichen Gebrauch... Ein Hammerklavier das die kläglichsten Töne hervorbringt, die je einem Klavierinstrument einströmen sein dürfte, trägt nicht dazu bei, die Stimmung fröhlicher zu machen. Es ist alles trübe in trübe. Hier grinst das nackte Elend der hoffnungslosen Prostitution. Ein schwer betrunkenes Mädchen, vom heulenden Elend gepackt, schlägt plötzlich ekstatisch die Hände über dem Kopf zusammen und fängt an hemmungslos zu freileben. Dem Kellner, der beschwichtigend hinzutritt, erzählt das Mädchen mit sich überschlagender Stimme im Laumel wilder Selbstanklage: „So was, wie ich, wär früher glatt verbrannt worden...“ Am Eingang hängt ein Plakat: „Stimmung, Humor, Vertrieb!“

In der Nähe des Schlesischen Bahnhofs befindet sich der Koppenteller... Hier ist alles handfester, robuster, unheimlicher. Hier haben Leute zusammen, die für melancholische Stimmungen nicht zu haben sind und denen ganz einfach die Zeit für ihrische Abwechslungen fehlt... An den Wänden verwegene Zeichnungen, neben den Klavieren dralle Mädchen, die sehr freigeigebig alles zeigen, was sie für begehrenswert halten. Im Koppenteller wird mancher neue Streich ausbalanciert, was hier ist und eine Rolle trinkt, hat meistens schon einige Jahre. Hinter sich. Dazwischen gibt es improvisierte Varieteevorführungen. Ein Mann mit tätowierten Armen produziert sich als Gewichtstemmer und erzählt jedem, der es hört, und auch jedem, der es nicht hören will, daß er früher „glatt wie ein Mal und schlant wie eine Schlange“ gewesen sei... Ein Mädchen, eine Tischlerin, bekommt plötzlich, von mehreren Schnäpsen angeregt, tänzerische Anwandlungen, springt auf einen Tisch und produziert sich unter wildem Jubel der Versammelten in höchst eigenartigen Heimgattungen. Bis plötzlich einer hereintritt und Bier und Gärten zuführt: „Achtung, Polente...“ Worauf einige sehr schnell verschwinden.

Bahnhof Friedrichstraße, morgens um 6 Uhr. Rechte Etappe. Im Wartesaal zweiter und dritter Klasse ist Hochbetrieb. Sehr viel übernachtete Geflüchtete, sehr viele Menschen, denen die freilebende Not der Obdachlosigkeit ins Gesicht gebrannt ist. Kurz vor 6,15 Uhr erscheint eine starke Streife der Kriminalpolizei und prüft die Papiere. Wer keine hat, sucht noch schnell zu entkommen. Einige klettern durchs offene Fenster und geraten hierbei in die Hände einer Schupostrife. Zwölf Leute, darunter drei Mädchen, werden mitgenommen. Einem Kavallerier entgeht man sich und unvermittelt die frisch eroberte Braut. „Schade!“ sagt der Mann bedauernd und bestellt zur Schmerzlinderung ein neues Bier... Kufa.

Ein Lepra-fall in Prag

Wie „Karadni Dity“ meldet, wurde gestern in Prag ein Lepra-fall festgestellt. Es handelt sich hierbei um einen aus Argentinien im Jahre 1920 nach Prag zurückgekehrten Arbeiter, der in einer dortigen Petroleumgrube beschäftigt war. Die Krankheit wurde in der Klinik des Professors Schamberger mikroskopisch festgestellt. Der Kranke wurde mit seiner Familie sofort in die Sonderabteilung des Infektionskrankenhauses gebracht.

Frau Schmeling in Montevideo verhaftet

Wie erinnerlich, hatte vor etwa acht Wochen die Abreise einer Tanztruppe nach Südamerika unter Leitung einer Frau Schmeling ganz Berlin in Aufruhr gebracht, weil Frau Schmeling unter dem dringenden Verdacht des Mädchenhandels stand. Die deutschen Behörden besaßen jedoch keinerlei Handhabe, die Ausreise zu verhindern. Heute veröffentlicht nun die „Morgenpost“ das Schreiben eines Mädchens aus dem „Ballast Schmeling“ an ihren Vater, das über das weitere Schicksal der Truppe Auskunft gibt. Man erfährt die überraschende Tatsache, daß die „Leitende“ der Truppe, Frau Schmeling, von der Polizei in Montevideo, der Hauptstadt Uruguays, wegen Mädchenhandels verhaftet worden ist und nach Buenos Aires (Argentinien) übergeführt worden sei. Die deutschen Auslandsvertreter und die südamerikanischen Behörden haben sich der verlassenen Berlinerinnen angenommen. Sie treten in einem richtigen Theater auf und nicht in Lokalen, für die sie von Frau Schmeling ausersehen waren.

Mordtat eines alten Mannes

Der 64jährige Alexander Marquardt aus dem Nordosten Berlins erwürgte am vergangenen Freitag seine im 64. Lebensjahr stehende Frau. Als das Verbrechen am Montag entdeckt wurde, stellte sich Marquardt der Polizei und legte ein Geständnis ab. Er wurde in Haft genommen.

Senfers Schlonkintur

Für den französischen Senker Deißler, der für seine Blutarbeit ein Jahresgehalt von über 10 000 Mark bezieht, herrscht jetzt Hochzeit. Nachdem er Ende April in Versailles einen 18jährigen Mörder hingerichtet hatte, beförderte er am 6. Mai in Meims den Zigeuner Charisse vom Leben zum Tode. Drei Tage später, am 8. Mai, richtete Monsieur de Paris, wie man ihn in Frankreich nennt, in Boulogne den Mörder Du Four hin. Als man um 3 Uhr nachts den Verurteilten, der in tiefem Schlaf lag, weckte und ihm von der Ablehnung des Gnadengehüchens Mitteilung machte, vernahm man kein Wort der Erwiderung. Du Four liebkoste sich ruhig an, hörte die Messe und ließ sich ohne Widerspruch vom Senker die Haare und den Hemdzipfeln abschneiden. In der Unterhaltung mit seinem Rechtsanwalt tauchte zuerst einige Aquarelle. Am 14. Mai gab Deißler das Falsch zur Hinrichtung. Zwei Minuten nach der Ankunft der Gefängniswachen war das Urteil vollzogen.

Fridtjof Nansen



In Oslo verstarb im Alter von 69 Jahren Fridtjof Nansen, der berühmte Polarforscher und große Philantrop. Schon als Zwanzigjähriger hatte Nansen an Bord eines Seehundjägers seine erste Eismeerfahrt unternommen. Die nächste Tat ist durch einen Buchtitel charakterisiert: „Auf Schneeschuhen durch Grönland“. Aber erst Nansens Standardwerk „In Nacht und Eis“ wurde zum Begriff, der die wichtige Forscherarbeit Nansens in ihrem Wesen umriß. Das Buch entstand nach der denkwürdigen Expedition Nansens 1893 bis 1896, die den Forscher und seine Helfer an Bord der „Fram“ ins nördliche Polargebiet führte. Den Pol selbst hat Nansen nicht erreicht, er machte aber als Erster genaue geographische Feststellungen über ihn und berichtigte die Grenzen des Franz-Josephs-Lands. In späteren Jahren war der große Gelehrte besonders dadurch sympathisch, daß er sich nicht an der allgemeinen Refordjägererei, die um das Ziel „Pol“ eingeseht hatte, beteiligte. Nansen erkannte wohl, daß es am Nordpol im Grunde nicht mehr sehr viel zu entdecken gab und daß es besser wäre, wenn er das Gewicht seines Namens für die großen charitativen Aufgaben einsetzte, vor deren Lösung die Menschheit besonders nach dem Elendsjahrhundert des Weltkrieges gestellt war: Nansen zeigte sich als großherziger Wohltäter, der allen, die materielle Not litten, nach materiellen und ideellen Kräften half. Insbesondere hat sich Nansen leidenschaftlich für die Armenier eingesetzt. Den Nobel-Friedenspreis erhielt der greise Forscher und Menschenfreund im Jahre 1928.

auch unverkennbare Repräsentanten dessen, was man so „Unterwelt“ nennt. Zwei Minuten nach 4 Uhr wird geöffnet, man balgt sich schon am Eingang, nur um herein zu kommen. Für Ordnung sorgt ein herkulischer gebauter Mann am Eingang, der mit mehr oder weniger drohender Miene von jedem Gast seinen Zehnten fordert und gegebenenfalls auch Verwendung findet, wenn es gilt, einen Krakeeler an die frische Luft zu setzen.

Mehr oder weniger sind alle Gäste des Café Roland angeheitert. Besonders die „Damen“ geben den alkoholischen Ton an. Die Kellner, die schon wissen, daß man hier mit Sanftmut nicht weiter kommt, haben sich eine geradezu basarartige Grobheit angewöhnt und durzen ohne Ausnahme jeden Gast, dem sie Trant und Speise kredenzen. Ein Herr im Frack mit Monotel im Auge regt sich höchst merklich darüber auf, daß er ein Haar in seiner Hüterbrille gefunden hat. Eine buntgeschminkte Dame, die ihm Gesellschaft leistet, sekundiert eifrig. Mit Blickeschelle ist der 24-Zentner-Mann am Eingang alarmiert und fertig zum Eingreifen. Das geht, von einem kurzen Dialog abgesehen, der sich in Auktionen lässigen Formen abspielt, nun sehr genau, unversämmerter... grüßt der Mann mit dem Monotel und schlägt mit der Faust auf den Tisch, „mit hier eine Verurteilung in die Suppe zu kippen.“ Kellner! In der Küche hat sich wohl ihre Köchin die Haare

ARBEIT UND WIRTSCHAFT

Arbeitslosigkeit und Allgemeinheit

Vorschlag zur Neufinanzierung der Reichshilfe

Die Beratungen über die Neufinanzierung der Arbeitslosenversicherung sind in vollem Gange. Der Vorstand der Reichsanstalt ist schon seit einigen Tagen damit beschäftigt, für den Reichsarbeitsminister Vorschläge zur Lösung des Finanzproblems auszuarbeiten. Angesichts der überaus bedeutenden Verschlechterung der Lage auf dem Arbeitsmarkt sah sich auch der Reichsanstalt veranlaßt, auf die Notwendigkeit stärkerer finanzieller Hilfe für die Arbeitslosenversicherung hinzuweisen. Der Reichsarbeitsminister hat bereits über eine Erhöhung des Beitragssatzes auf vier Prozent Änderungen gemacht. Der Kernpunkt des Finanzierungsproblems ist die Beteiligung des Reiches an der Finanzierung der Arbeitslosenversicherung.

Dah die Allgemeinheit und damit das Reich die Pflicht hat, zur Sicherung einer angemessenen Arbeitslosenunterstützung beizutragen, hat der Vorstand der Reichsanstalt vor kurzem vor den Vertretern der Presse mit überzeugenden Gründen dargelegt. Die Arbeitslosigkeit, die uns jetzt heimlich, ist nicht eine rein wirtschaftliche Angelegenheit. Die gewaltigen strukturellen Veränderungen, die Hunderttausende aus dem Arbeitsprozess ausschaltet, und der Arbeitslosigkeit ausgeliefert haben, erfordern allgemeine Hilfe. Bei der gegenwärtig für 1930 angenommenen monatlichen Durchschnittszahl von 12 Millionen unterstützten Arbeitslosen, die die Reichsanstalt auch für ihren Etat pro 1930/31 eingelegt hat, wird von guten Kennern des Arbeitsmarktes hinsichtlich der Ursachen der Arbeitslosigkeit folgende Größenordnung geschätzt: Konjunkturrelle Arbeitslose rund 500 000, strukturelle Arbeitslose rund 475 000, Saisonarbeitslose (800 000 in den drei Wintermonaten) rund 225 000; zusammen 1 200 000 unterstützte Arbeitslose. Die wahrscheinliche Erhöhung der Unterstütztenzahl wird zu etwa zwei Drittel strukturellen Ursachen und zu einem Drittel konjunkturrellen Gründen zugeschrieben.

Ausgehend von der in der ursächlichen Zusammenhänge zwischen Arbeitslosigkeit und Wirtschaftssystem beruhenden Verantwortung der Gesamtheit zur Beseitigung der Arbeitslosennot, hat in der letzten erschienenen Nummer der von Silberding herausgegebenen „Gesellschaft“, Dr. Kawicz von der Reichsanstalt für Arbeitslosenversicherung, zur Forderung der derzeitigen Finanzierungsmaßnahmen des Arbeitslosenversicherungsvorschlags gemacht. „Erweiterung des zwangsversicherungsrechtlichen Personenkreises durch Einbeziehung aller oder eines Teiles von der Arbeitslosenversicherung befreiten Arbeitnehmer, regelmäßige Reichsbeiträge zur Arbeitslosenversicherung, Festlegung des Höchstbeitrages, die zusammen von Arbeitgebern, Arbeitnehmern und Reichsaufgebracht werden muß, unter voller Berücksichtigung der veränderten Ursachen der Arbeitsmarktentwicklung und insbesondere des sich verschärfenden Gegensatzes zwischen aufsteigender Wirtschaftskonjunktur und gleichzeitiger absteigender Arbeitsmarktentwicklung, unbeschränkte Darlehenspflicht des Reiches in Notzeiten mit der Maßgabe, daß diese Darlehen aus einmaligen substantiellen Sondersteuern aufgebracht werden müssen (Vermögenssteuer, Erbschaftsteuer, Sonderumlage), um die Balance des Reichsetats in seinem Zeitpunkt, aus der Arbeitslosenversicherung heraus zu gefährden.“ Das Kernstück dieses Vorschlages liegt in der Forderung von regelmäßigen Reichsbeiträgen und in der Hilfe des Reiches in Notzeiten auf dem Weg substantieller Sondersteuern. Die Reichsbeiträge will Kawicz auf die Unterstütztenzahl abstellen — um so eine organische Verbindung zwischen Beitragseinnahmen der Reichsanstalt und der von ihr aufzufangenden Arbeitslosigkeit herbeizuführen — und zwar etwa in der Form, daß das Reich für jeden Hauptunterstützten, der im Monatsdurchschnitt nach einem bestimmten Verfahren festgesetzt wird, z. B. 20 Mark an die Reichsanstalt abführt, d. h. also z. B. bei einer Million Hauptunterstützungsempfänger im Frühjahr 20 Millionen Reichsmark und im Winter bei 2 1/2 Millionen Unterstützten 50 Millionen Mark im Monat. Das würde bei einer Durchschnittszahl von z. B. 1,3 Millionen Unterstützten pro Jahr einen Reichsbeitrag von rd. 312 Millionen Reichsmark bedeuten. Er werde geringer, wenn die Arbeitslosigkeit sinkt, und höher, wenn sie steigt. Dieses System variabler Reichsbeiträge, gemessen an der Unterstütztenzahl, sei auch für die Reichsfinanzen deswegen nicht so bedenklich, weil der annähernde Zuschußbeitrag für jedes Jahr wenigstens mit einiger Sicherheit bestimmt werden könne und ein etwaiger zu hoher Anstieg im Reichsetat für die Zwecke dieser Reichsbeiträge für das künftige Haushaltsjahr übertragbar gestellt, bzw. ein zu niedriger durch Vorwegnahme aus dem künftigen Etat vorübergehend erhöht werden könne. Wenn man bei einem solchen variablen Reichsbeitrag etwa 300 Millionen Reichsmark jährlich in den Reichsetat einleite und die Mittel zeitlich übertragbar gestalte, so werde damit der Unsicherheitskoeffizient aus den Reichsfinanzen, soweit die Arbeitslosenversicherung in Betracht komme, weitgehend ausgeschaltet, und ebenso sei eine Neufinanzierung der Arbeitslosenversicherung aus öffentlichen Mitteln vermieden. Entscheidend ist für Kawicz der Gesichtspunkt, daß die Mittel zur Behebung vorhersehbarer Notstände aus dem Volkseinkommen und die zur Abfertigung unvorhersehbarer Notstände ganz besonderer Art aus dem Volkseinkommen aufzubringen sind.

Der Kompromißvorschlag der Regierung Brüning, der vom Reichstag verabschiedet wurde, sieht vor, daß das Reich künftig einen Zuschuß zur Arbeitslosenversicherung gewährt, der alljährlich festgelegt und für das Rechnungsjahr 1930 auf 150 Millionen Reichsmark begrenzt wird. Daß demgegenüber Kawicz Vorschlag eine wesentlich höhere Lösung darstellt, ergibt sich von selbst. Sein Vorschlag würde bei 3 1/2 Prozent Beitragssatz durch die Aufbringung eines Reichsbeitrages von rund 312 Millionen Reichsmark auf die Durchschnittszahl von 1,3 Millionen Unterstützten finanziell genügen. Man darf darauf gespannt sein, was man im Regierungslager darauf zu sagen hat.

Das Endergebnis der Betriebsratswahlen im Ruhrbergbau

liegt nunmehr vor. Es hat folgendes Gesicht:

	Stimmen	Randrate im Betriebsrat	Arbeiterrat
Freie Gewerkschaften	125.602	867	1110
Christliche Gewerkschaften	77.604	561	682
Gewerkschaften der Dürer	5.242	38	47
Poln. Berufsvereinigungen	294	2	3
Kommunisten	68.584	498	603
Sozialisten	4.524	33	41
Selbst	2.222	16	20
Sonstige	2.222	16	20

Das Ergebnis der Betriebsratswahlen im Ruhrbergbau zeigt, daß die freien Gewerkschaften die stärkste Gruppe bilden. Die christlichen Gewerkschaften folgen, gefolgt von den Sozialisten und den Kommunisten. Die polnischen Berufsvereinigungen und die Dürer-Gewerkschaften bilden kleinere Gruppen. Die Selbst- und Sonstigen-Kategorieen sind ebenfalls vertreten.

davon wiederum über 11 Prozent für die freien Gewerkschaften. Die Hoffnung der Grubenbarone, daß die „rotgelbe unorganisierte Sturmflut“ die Gewerkschaften aus den Betrieben verdrängen werde, ist nicht in Erfüllung gegangen, obwohl sie durch Einlegung von Verordnungen, durch Betriebsvereinsbeschränkungen und Arbeiterentlassungen reichlich den Kommunisten in die Hände gearbeitet hatten. Daß die Unternehmer mit einem großen Erfolg der Kommunisten rechneten, verriet die Bergwerksleistung, die Anfang Februar in einem Artikel über die Betriebsratswahlen ausdrücklich hervorgehoben, daß die Arbeiterklasse aus allgemeiner Verdrängung und aus der großen Enttäuschung heraus, die ihnen die freien Gewerkschaften gebracht hätten, bei der Wahl die kommunistische Liste wählen würden. Der Ausgang der Wahl hat gezeigt, daß der Bergbauindustriearbeiterverband auch den Zweifrontenkrieg gegen Unternehmer und Kommunisten erfolgreich führen kann.

Streik im rheinisch-westfälischen Brauergewerbe?

Das Brauergewerbe in Rheinland-Westfalen ist von einem Streik bedroht. Die Brauereiarbeiter Groh-Dortmunds haben in einer von den freien und christlichen Gewerkschaften gemeinsam einberufenen großen Versammlung zur Lage Stellung genommen. Sie sind einig und entschlossen, nach Ablehnung des Schlichters ihre berechtigten Forderungen nötigenfalls auch durch Streik durchzusetzen. Die Entscheidung in Dortmund, das für die westdeutsche Brauindustrie eine überragende Bedeutung hat, wird für Rheinland und Westfalen maßgebend sein.

Die sächsischen Metallindustriellen fordern Lohnabbau

Die Vereinigung der Verbände sächsischer Metallindustrieller hat die Lohnabkommen für die Bezirke Dresden, Leipzig, Chemnitz, Zwickau und Bautzen zum 30. Juni bzw. 31. Juli gekündigt und einen Lohnabbau gefordert. Nach der Abwehr des Vorstoßes der Bauunternehmer gegen die Bauarbeiterkassen soll also jetzt ein zweiter Angriff auf den Lohn unternommen werden.

Die Kampfanzeige der sächsischen Metallindustriellen ist eine Freivolant. Sie erfolgt in einer Zeit, wo Preis- und Wertschwankungen, Eisenbahntarifserhöhungen und Verteuerungen der Lebenshaltung infolge der Steuer- und Zollpolitik der Regierung Brüning vor der Tür stehen und wo eigentlich ein Lohnausgleich nach oben eine Selbstverständlichkeit sein sollte. Statt sich gerade jetzt, wo die Verhandlungen in der Metallindustrie Nord-West schon reichlich genug Konfliktstoff in sich bergen, zurückzuhalten, riskiert man es leichtfertig, durch eine plumpe Herausforderung für die gesamte Metallindustrie den „Zukunft drohender Kriegsgefahr“ heraufzubeschwören. Kein Wunder, wenn in der bürgerlichen Presse sich warnende Stimmen melden, die auf die Gefahrliche der Taktik der sächsischen Metallindustriellen hinweisen. So schreibt das „Berliner Tageblatt“ unmittelbar im Anschluß an die Nachricht von der Kündigung der Lohnabkommen der sächsischen Metallindustrie: „Der Entschluß der sächsischen Metallindustriellen zu einer Lohnsenkung ist sehr behauerlich und seine möglichen Konsequenzen sind noch nicht absehbar. Jedenfalls liegt fest, daß in einer Zeit wie der jetzigen die Gefahr von Arbeitskämpfen, die durch derartige Maßnahmen heraufbeschworen wird, nicht leicht zu ertragen ist. Gerade die durch die letzte Steuer- und Zollgesetzgebung hervorgerufene Mehrbelastung der großen Massen läßt es kaum tragbar erscheinen, daß die jetzige Lohnhöhe angegriffen wird. Man muß darauf gefaßt sein, daß die Gewerkschaften, und zwar nicht nur die sozialdemokratischen, sich gegen eine derartige Aktion mit allen Kräften sträuben werden, und es ist zu befürchten, daß der Entschluß zur Tarifkündigung durch eine so große Industriegruppe zu einer Lohnsenkungswelle im ganzen Reich führen kann. Man wird von Fall zu Fall die Lage der einzelnen Industrien, die die heutigen Löhne nicht mehr tragen zu können glauben, eingehend zu prüfen haben. Aber es muß schon jetzt gesagt werden, daß äußerste Zurückhaltung in der Tendenz zur

Arbeitnehmer Groh-Dortmunds haben in einer von den freien und christlichen Gewerkschaften gemeinsam einberufenen großen Versammlung zur Lage Stellung genommen. Sie sind einig und entschlossen, nach Ablehnung des Schlichters ihre berechtigten Forderungen nötigenfalls auch durch Streik durchzusetzen. Die Entscheidung in Dortmund, das für die westdeutsche Brauindustrie eine überragende Bedeutung hat, wird für Rheinland und Westfalen maßgebend sein.

Ueber die Anwendung des Streiks wird am Donnerstag eine Konferenz der Brauereiarbeiter in Dortmund Beschluß fassen.

Bergarbeiterstreik in Sosnowice

Auf drei Gruben in Sosnowice (Polen) streikten seit zwei Tagen 1700 Arbeiter. Die Grubenverwaltungen versuchten willkürlich den Arbeitstag zu verlängern. Sie haben gegen Nichtachtung ihrer neuen eigenmächtig festgelegten Vorschriften schwere Strafen angedroht. Die streikenden Arbeiter wollten sie unter dem Schutz von Polizei mit Streikbrechern besetzen. Dieses Vorhaben der Verwaltungen wurde jedoch von den Streikenden vereitelt. Begreiflicherweise kam es dabei mehrfach zu Zusammenstößen mit der Polizei. 16 Arbeiter sind verhaftet worden.

Eine internationale Krizentasse für die Diamantindustrie wird von dem Vorsitzenden des Niederländischen Diamantarbeiterverbandes Polak gefordert. Er schlägt vor, den notwendigen Fonds aus den Verkaufspreisen des Diamanten-Syndikats durch eine kleine Erhöhung pro Karat auszubringen.

Lohnsenkung dringend erforderlich ist, wenn nicht der Schaden, der dadurch angerichtet wird, größer sein soll als der Nutzen, den die einzelnen Industrien aus einer Verbilligung ihrer Produktionskosten ziehen könnten.

Das ist deutlich. Die Freivolant der sächsischen Metallindustriellen wird hier von einem bürgerlichen Blatt, dem man wenn man sich an seine Haltung in den Debatten über die Arbeitslosenversicherung erinnert, kaum übertriebene Sympathie für die Arbeiterklasse nachrühmen kann, aufs schärfste getradem. Zweiellos erkennen man auch in nicht arbeiterfreundlichen eingestellten Bevölkerungskreisen, daß ungeheure Gefahren den sozialen Frieden bedroht, wenn ausgerechnet jetzt die letzten langen von dem Scharfmachertum vorbereitete Lohnsenkungsaktion auf der ganzen Linie in Bewegung kommen würde. Keine Arbeitslosigkeit und keine Lohnkämpfe zusammen wären für unsere wirtschaftlichen und politischen Verhältnisse eine furchtbare Belastung. Aber anscheinend drängen Sozialreaktion und Scharfmachertum jetzt, nachdem eine Rechtsregierung im Reich am Ruder ist, zu einem Generalangriff auf die Position der Arbeiterklasse. Die Arbeiter sollen niedergeworfen werden, damit die notwendige gewordenen Lastenverteilung auf die Massen abgewälzt werden kann. Das Scharfmachertum wäre nicht zu fed, wenn es nicht damit rechnete, beim Kabinett Brüning Rückhalt zu finden. Nicht von ungefähr ist vor kurzem in der „Deutschen Arbeiter-Zeitung“ an die neue Reichsregierung appelliert worden, sich zu einem Beschluß in der Lohnfrage aufzurufen, der den gegebenen Verhältnissen Rechnung trage. Dieser Appell erfolgte im Anschluß an die dritte Bemerkung, daß auch die Arbeiter jetzt erkennen müßten, daß „eine Lohnreduktion keine arbeiterfeindliche, sondern vielmehr eine arbeiterfreundliche Maßnahme“ darstelle.

Die Unternehmerdraufgänger wittern Morgenluft. Sie glauben, daß die Arbeiterklasse durch die täglichen Klammernmeldungen über Stilllegungen und Betriebsvereinsbeschränkungen einschüchtern ist. Sie glauben, daß in einer Zeit wie der gegenwärtigen Arbeitslosigkeit die Gewerkschaften keinen großen Lohnkampf führen können. Daher die freivolante Herausforderung. Die sächsischen Metallindustriellen spielen ein gefährliches Spiel. Sie können die Lohnsenkungswelle in Bewegung setzen. Sie können aber auch unter der Lohnlawine begraben werden.

G-E-G

Ihre Entwicklung im Jahre 1929 - 501,378 Millionen Reichsmark Gesamtumsatz

Die Großeinkaufs-Gesellschaft Deutscher Konsumvereine in Hamburg (GEG), die sich im Laufe des Jahres zu einem weitverzweigten Konzern mit rund 7500 beschäftigten Personen entwickelt hat, weist für das Jahr 1929 einen Gesamtumsatz von 501,378 Millionen Reichsmark auf gegenüber 444,371 Millionen Reichsmark im Jahre 1928 und 373,041 Millionen Reichsmark im Jahre 1927. Die Halbmilliarde Grenze ist damit überschritten. Auf die Handelsabteilung entfallen davon 377,498 Millionen Reichsmark = 75,29 Prozent (1928: 339,651 = 76,43 Prozent, 1927: 309,904 = 69,07 Prozent), auf die Produktionsbetriebe 123,879 Millionen = 24,71 Prozent (1928: 104,872 = 23,57 Prozent, 1927: 63,137 = 16,93 Prozent). Der Anteil der Eigenproduktion an dem Gesamtumsatz hat sich weiter gesteigert, weist auch nicht in dem Ausmaße wie im vergangenen Jahr. Beispielsweise werden von der GEG 999 angeschlossene Genossenschaften.

Die Eigenproduktion verteilt sich mit 80,285 Millionen Reichsmark (1928: 72,685 Millionen) auf Lebens- und Genussmittel. Die Steigerung ist angesichts der Konjunkturlage äußerst befriedigend. Es hat sich u. a. gezeigt, daß sich Konjunkturschwankungen für den organisierten Warenbedarf bei weitem nicht in dem Maße auswirken wie in der Gütererzeugung für den freien Markt. So hat z. B. der Absatz von Kautschuk in Deutschland im Jahre 1929 um 0,89 Prozent nachgelassen. Die GEG konnte ihre Produktionen aber um 8000 Pfund, = 7 Prozent, steigern. Neu in Betrieb genommen wurde die Herstellung von Zigaretten und anderen Raffineriezugsmitteln. Ferner wurde im Anschluß an die Fleischwarenfabrik in Oldenburg eine Geflügelarm errichtet (4000 Enten und 2000 Hühner). Der Betrieb wird sich ohne Zweifel wirtschaftlich gestalten, weil ein Teil des Futters für das Geflügel aus den sonst nur schwer verwertbaren Abfällen der Fleischwarenfabrik gewonnen wird. Im Geschäftsjahr gingen auch die besten Genossenschaften mehr dazu über, die Warenartikeln der Eigenproduktion auszuwechseln und die entsprechenden GEG-Eigenzeugnisse einzuführen. Das war von Erfolg begleitet und beweist nur, daß die hier und da noch immer verbreitete Auffassung, man könne ohne die privatinindustriellen Warenartikel nicht auskommen, nicht zutrifft.

Bei den Bekleidungsartikeln (Seife, Gemischtwaren, Schokolade usw.) liegt ein Gesamtumsatz von 119,119 Millionen Reichsmark im Jahre 1929 auf 28,027 Millionen Reichsmark vor. In der Steigerung ist das schätzungsweise halbierte (Bremen) hat beteiligt. Auch das neue Wäsche- und Bekleidungs-Geschäft hat sich entwickelt. Die Württembergische Textilindustrie, die weit unter den Umständen der Konjunktur im allgemeinen vertrieben war, hat sich durch den Anschluß an die GEG wieder beleben lassen.

Bältenorten zu kommen. Hier scheint es noch an intensiver Ausklärungsarbeit der Genossenschaft über den wirtschaftlichen bzw. betriebswirtschaftlichen Wert der Normung und Typung zu fehlen. Das Sägewerk und die Kistenfabrik Nija-Groba sind völlig auf Flächenarbeit umgestellt, was eine erfreuliche Steigerung der Leistungsfähigkeit mit sich brachte.

Bei den Textilwaren liegt nur eine Steigerung von 5,521 Millionen im Jahre 1928 auf 5,818 Millionen Reichsmark vor. Es war nicht möglich, in allen Betrieben dieser Branche die Umsätze des Jahres 1928 zu halten. Die Konjunkturrückfälle würden sich zweifellos weniger bemerkbar gemacht haben, wenn die angeschlossenen Konsumvereine den Bedarf an den einschlägigen Artikeln reiflos bei den Abteilungen und Fabriken der GEG abgedeckt hätten.

Die Firma Söner & Lönn, Kommanditgesellschaft in Wangen (Allgäu), an der die GEG beteiligt ist und die bei 43 Sennereien 20 Millionen Liter Milch verarbeitet, konnte bei einer Beschäftigtenzahl von 227 Personen Butter und Käse im Gewicht von 6,108 Millionen Kilogramm und im Werte von 10,442 Millionen Reichsmark umsetzen. Der Umsatz des sächsischen Bekleidungswerkes (Eingekleidungsstücke und Schuhwaren) ging um 73 000 Reichsmark auf 3,683 Millionen Reichsmark zurück. Von der Produktion übernahmen die angeschlossenen Genossenschaften 3,180 Millionen Reichsmark. Der Winderumsatz dürfte sich aus der im Jahre 1929 eingetretene Preislenkung für Schuhe weit erklären.

Die Bankabteilung der GEG hat sich weiter günstig entwickelt. Der Gesamtumsatz (1918: 1,008 Millionen Reichsmark) steigerte sich von 3,022 Milliarden im Jahre 1928 auf 3,876 Milliarden Reichsmark im Jahre 1929. Die Spareinlagen (1914: 80,2 Millionen Reichsmark) wuchsen von 297 Millionen Reichsmark im Jahre 1928 auf 374 Millionen Reichsmark im Jahre 1929 an. Eine Vergleichung zu ermöglichen, sei mitgeteilt, daß sich in der letzten Zeit die Einlagen bei den deutschen Sparkassen von 4,991 Milliarden Reichsmark auf 9,07 Milliarden Reichsmark steigerten. Sowohl bei den Sparkassen als auch bei den konjunktursensiblen Einlagen war die Steigerung infolge des Konjunkturregresses nicht so stark, als im Jahre 1928. Die Verlangsamung prägte sich jedoch bei den genossenschaftlichen Anlagen weniger stark aus.

Der GEG-Konzern beschäftigte Ende 1929 7448 Personen gegenüber 7372 Personen Ende 1928, davon im Handelsgeschäft 1750 und in der Eigenproduktion 5698. 23 1/2 Prozent wurden 18,297 Millionen Reichsmark geschäftl. gegenüber 13,147 Millionen Reichsmark Ende 1928. Die Steigerung betrug 37,2 Prozent. Die meisten Beschäftigten weisen die Tabakfabrik mit 1880 Köpfen auf. Die Fleischwarenfabriken hatten eine Beschäftigtenzahl von 621 Personen.

